



Michael Mazohl

**„Markt steht im
Mittelpunkt anstatt
der Mensch“**



29. September

**Unsere
Kolleg*innen
rocken die Wahlen**



teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

3/2024



**Mit
Herz + Hirn
für
Österreich**

**Mit Andi Babler in
eine bessere Zukunft**

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.

GEORG WILKE

Fotograf



20% Rabatt für younion-HG1-Gewerkschaftsmitglieder:



Werdertorgasse 12

|

1010 Wien

|

01/5351981

HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Gerald Bauer

gerald.bauer@wien.gv.at

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Mitgliederanfragen & -betreuung

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Karin Zauner-Lohmeyer

Chefredakteurin
teamwork

am 29. September 2024 wählen wir den Nationalrat. Diese Wahl steht im Mittelpunkt dieser teamwork-Ausgabe. Für die Wiener Stadtverwaltung ist eine Nationalratswahl eine organisatorische Herausforderung. Damit am Wahltag alles wie am Schnürchen läuft, müssen viele Dienststellen perfekt aufeinander abgestimmt zusammenarbeiten. Wir geben einen Einblick in die Welt der Wahlorganisation in Wien. Wir zeigen das großartige Engagement der dabei involvierten Kolleginnen und Kollegen. Zudem beantworten Margit Pollak und Julia Fichtl dienstrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Wahl, zu lesen auf den Seiten 20–21.

Diese Nationalratswahl ist eine Richtungsentscheidung. „Wer ein sozialeres, demokratischeres und gerechteres Österreich mit einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge haben möchte, sollte am 29. September die SPÖ wählen!“, betont HG 1-Vorsitzender Manfred Obermüller in seinem Leitartikel. Österreich brauche eine verantwortungsvolle Politik mit Herz und Hirn, eine SPÖ-geführte Bundesregierung, die für alle Österreicherinnen und Österreicher da ist. Eine Regierung, die ein besseres Leben für alle anstrebt und all das, was unter Schwarz-Blau zerstört worden ist, wieder aufbaut. Für diese Aufbruchsstimmung steht Andi Babler (Seiten 12–13). Er ist ein Menschenfreund, ein Problemlöser, der zuhören kann und Menschen auf Augenhöhe begegnet. Er wird Österreich in eine bessere Zukunft führen.

„Kickl hat gar kein Interesse, Probleme zu lösen“, sagt die Autorin und Chefreporterin der Wochenzeitung Falter, Nina Horacek, im teamwork-Interview auf den Seiten 6–8. Sie hat in ihrem neuen Buch „Kickl beim Wort genommen“ Zitate des FPÖ-Chefs gesammelt. Im Gespräch beschreibt sie, wofür Herbert Kickl ideologisch steht.

Diese Wahl ist entscheidend für die Zukunft Österreichs. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es geht um ein soziales Österreich mit einer starken, öffentlichen Daseinsvorsorge!

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der unionion _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1030 Wien, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, Tel.: 01-4000 83710, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **StV:** Margit Pollak, Kurt Mrzena-Merdinger **Redaktionskomitee:** Regina Müller, Kurt Mrzena-Merdinger, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Sarah Popernitsch, Bernhard Radl, Felix Steiner, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich

Hersteller: ÖGB Verlag GmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Coverfotos: Michael Mazohl: © Georg Wilke; Wahlurne: © Depositphotos; Babler: © SPÖ

Die Europäische Union auf neuem (altem) Kurs

Die Europawahl ist geschlagen, man könnte meinen, in Brüssel ist wieder „business as usual“. Auf den zweiten Blick zeigt sich: Die Europawahl hat die EU verändert – und das hat Folgen.



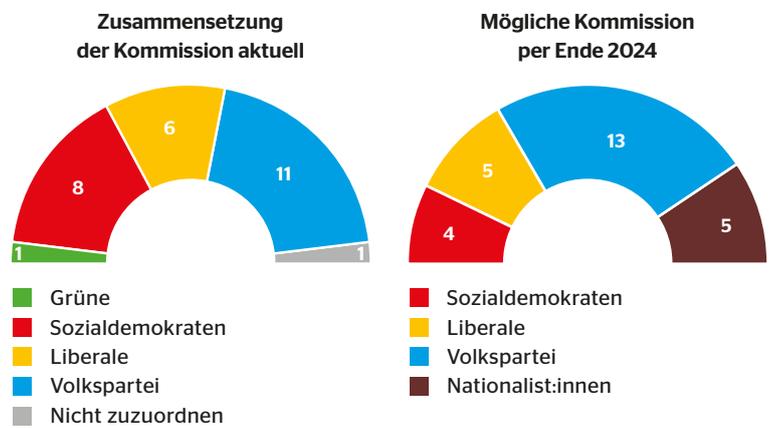
BILD: © ROBERT RUBAK

Thomas Kattnig
Mitglied des Bundespräsidiums der youunion, Bereichsleiter EU und Internationales der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Die erste Plenarsitzung ist absolviert, die Ausschüsse haben ihre Arbeit aufgenommen. Während im Europa-Parlament der Arbeitsalltag zurückkehrt, haben sich die Akteure mehrheitlich geändert. Nur 47 Prozent der Abgeordneten saßen bereits in der letzten Legislaturperiode in ihren Büros in der Brüssler Rue Wiertz. Doch nicht nur die Personen selbst, auch die politischen Mehrheiten haben sich verändert. Die Jahrzehnte, in denen Sozialdemokrat*innen und Volkspartei (EVP) gemeinsam über Mehrheiten verfügten, sind Geschichte. Zwar stellen die beiden Blöcke nach wie vor die zwei größten Fraktionen, eine alleinige Mehrheit schaffen sie damit aber nicht. Mindestens die Unterstützung der liberalen Renew Europe und/oder der Grünen ist für eine Mehrheit der Mitte notwendig.

Parlament mit neuem Gesicht
Grund dafür ist der starke Zuwachs der Rechtsextremen auf Kosten von Grünen und Linken bei der Europawahl. Die drei Fraktionen rechts der EVP haben insgesamt 69 Sitze dazugewonnen. Die rechtsextremen „Patrioten für Europa“ sind sogar zur drittgrößten Fraktion aufgestiegen. Das erschwert die Arbeit im Parlament. Rechtsextreme Abgeordnete, wie

„Das Erstarren der Rechten macht das Durchsetzen von Beschäftigteninteressen deutlich schwerer.“



QUELLE: YOUNION _ DIE DASEINSGEWERKSCHAFT, THOMAS KATTNIG

die der italienischen Fratelli d'Italia, der deutschen AfD oder der österreichischen Freiheitlichen hatten schon bisher kein Interesse am sachlichen politischen Tagesgeschäft. Ihnen geht es nun darum, das Haus, in das sie gewählt wurden, von innen heraus zu zerstören.

Zwischen Stabilität und Bedrohung

Diese neue Realität ist nicht nur im neuen Parlament spürbar, auch in der Kommission ist der Rechtsruck gravierend. Die Zahl der EVP-Kommissar*innen wird weiter zunehmen – und erstmals wird es mehrere nationalistische Kommissar*innen, etwa aus Italien oder den Niederlanden, geben. Die Zahl der Sozialdemokrat*innen in der Kommission könnte sich im Vergleich zur aktuellen Kommission im schlimmsten Fall halbieren.

Für die EU als Projekt bedeutet das eine Zeit zwischen Veränderung und Kontinuität. Einerseits führt das Erstarren der Rechten dazu, dass die Arbeit komplizierter und das Durchsetzen von Beschäftigteninteressen in der EU noch schwerer wird. Andererseits ist weiterhin eine Mehrheit der Mitte möglich, die Mensch und Demokratie über Hass und Hetze stellt. Wichtig sind dabei vor allem zwei Punkte: Einerseits müssen wir Druck auf die EVP ausüben, damit diese sich sachlichen Kompromissen statt rechtsextremen Partner*innen zuwendet, andererseits müssen wir progressive Kräfte in Österreich und der EU wieder stärken, um den Interessen der Beschäftigten Gehör zu verschaffen. Die nächste Chance dazu haben wir alle am 29. September.

thomas.kattnig@youunion.at

Für soziale Sicherheit und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge

Mit einer SPÖ-Regierung in eine bessere Zukunft

Es läuft etwas schief in Österreich. Immer mehr Familien kämpfen tagtäglich, um „über die Runden“ zu kommen. Sie haben große Probleme, die Miete und die Energierechnung zu bezahlen. Sie müssen bei den Ausgaben für Essen, Treibstoff, Bekleidung, Freizeit etc. sparen. Durch die Inflation ist alles viel teurer geworden. Wir erleben in Österreich eine Bundesregierung, die seit Jahren viel zu wenig gegen die Teuerung unternimmt. Ihre Untätigkeit führt zu Zukunftsängsten und zu großer Unsicherheit, was dem Rechtspopulismus den Boden bereitet. Die Nationalratswahl am 29. September ist eine Richtungsentscheidung für Österreich.

Angriffiges, demokratiegefährdendes, „völkisches“ Gedankengut gepaart mit kruden Verschwörungstheorien und null Problemlösungskompetenz auf Seiten der FPÖ, neoliberale Politik für Superreiche und Großkonzerne auf der Seite der ÖVP: Wenn Schwarz-Blau bei der kommenden Nationalratswahl wieder eine Mehrheit erreicht, wird Österreich erneut durch heftige Skandale gebeutelt werden. Sozialabbau, Privatisierung der Daseinsvorsorge, klimafeindliche Politik, Attacken auf die Medienfreiheit, demokratiegefährdende und frauenfeindliche Maßnahmen werden die Folgen sein. Es wird vor allem teuer werden, sehr teuer, für uns Steuerzahler*innen. Das hat uns die Geschichte gelehrt.

Unser Land hat viel Besseres verdient als schwarzblaue Klientelpolitik. Wir brauchen eine besonnene, mutige und verantwortungsvolle Politik mit Herz



**Manfred
Obermüller**
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

BILD © GEORG WILKE/HGT

und Hirn – für alle! Wir brauchen eine SPÖ-geführte Bundesregierung. Denn es war und ist die Sozialdemokratie, die in mehr als hundert Jahren entscheidende Rechte für den einzelnen Menschen – vor allem für Frauen – durchgesetzt hat, einen Wohlfahrtsstaat errichtet hat und entschieden gegen Rechtsextremismus aufgetreten ist.

Unser Spitzenkandidat Andi Babler ist es als Bürgermeister gewohnt, zuzuhören und Probleme zu lösen. Er begegnet den Menschen auf Augenhöhe und denkt die

Politik immer ausgehend von der Basis: Was sind die Nöte der Arbeitnehmer*innen, der Mütter und Väter, der Kinder, der älteren Generation und einfach all jener, die sich in Österreich mit ihrer Arbeit etwas aufbauen wollen? Was ist nötig, um wieder voller Optimismus in die Zukunft zu blicken?

Wer also ein sozialeres, demokratischeres und gerechteres Österreich mit einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge haben möchte, sollte am 29. September die SPÖ wählen! Nur mit einer sozialdemokratischen Bundesregierung wird es möglich sein, eine Kurskorrektur in unserem Land vorzunehmen, um gemeinsam in eine bessere Zukunft aufzubrechen – für alle Menschen in Österreich!

manfred.obermueller@wien.gv.at

„Wer die öffentliche Daseinsvorsorge stärken möchte, sollte die SPÖ wählen!“

„Kickl hat gar **kein Interesse, Probleme zu lösen!**“

Wofür steht Herbert Kickl? Welche Ideologie vertritt er? Darüber spricht Nina Horaczek, Chefreporterin der Wochenzeitung Falter und Buchautorin, mit Karin Zauner-Lohmeyer.

Karin Zauner-Lohmeyer: Du hast in deinem aktuellen Buch „Kickl beim Wort genommen“ jede Menge Kickl-Zitate zusammengestellt. Warum Kickl?

Nina Horaczek: Herbert Kickl ist der FPÖ-Parteichef, der die Macht in diesem Land an sich reißen möchte. Er stand als FPÖ-Generalsekretär lange eher im Hintergrund – hinter HC Strache. Viele wissen vermutlich nicht, wofür er eigentlich steht. Ich habe durch das Buch seine Aussagen dokumentiert, damit sich die Wähler*innen ein Bild machen können.

Welche Kickl-Zitate sind überraschend?

Wenn ein Politiker sagt: „Ihr lieben Frauen, ihr seid es, die euren Männern zu Hause den Rücken freihaltet“, dann steht das schon für ein sehr antiquiertes Frauenbild. Auch seine Position zum Schwangerschaftsabbruch ist nicht so bekannt, oder wenn er sagt, er werde in der Kunst die Moderne einfach wegwischen, weil sie ihm nicht gefällt.

Wie ist es der FPÖ gelungen, von einer Kleinstpartei zu einer in den Umfragen doch sehr starken Partei aufzusteigen?

Der Aufstieg der FPÖ beginnt 1986 mit Jörg Haider. Er hat einen rechtsextremen, aggressiven Po-



BILD © GEORG WILKE/HGT

pulismus in die politische Arena gebracht. Die Menschen waren damals verunsichert und hatten Angst: Die Krise der verstaatlichten Industrie, hohe Arbeitslosigkeit, der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa. Und Angst ist immer super für die FPÖ. Sie macht empfänglich für Feindbilder und führt zu einer Schrebergarten-Mentalität, dass sich Menschen einigeln. Auch die Krisen der vergangenen Jahre haben der FPÖ einen Zulauf beschert: Corona, der Ukraine-Krieg, die Teuerung.

Welche Feindbilder hat die FPÖ?

Kickl redet von dem „Volk“, zu dem aber viele nicht dazugehören, seien es Migrant*innen, Flüchtlinge, Menschen, die anders denken, leben oder gleichgeschlechtlich lieben – oder auch wir Journalist*innen sind „Feinde“. Da bleiben nicht viele übrig.

Die „Elite“ gehört auch nicht dazu ...

Apropos Elite: Herr Kickl feiert nächstes Jahr 30 Jahre Berufspolitiker. Soll heißen: 30 Jahre auf der Payroll der Steuerzahler*innen. Was auch okay ist! Politiker*innen sollen ordentlich bezahlt werden. Aber Kickl hat sich als Generalsekretär zusätzlich zu einem Abgeordneten Gehalt von der Partei noch ein Extra-Gehalt auszahlen lassen, weil man offenbar von 8.000 bis 9.000 Euro nicht gut leben kann. Und er schimpft über die Elite. Kickl verdiente als FPÖ-Generalsekretär in einem Monat so viel, wie manche in einem Jahr!

Ist die FPÖ eine antidemokratische Partei?

Die FPÖ ist demokratisch gewählt, doch sie agiert gegen die Demokratie. Wenn Kickl sagt, das Recht habe der Politik zu folgen und nicht die Politik dem Recht, und wenn er die europäische Menschenrechtskonvention zur Diskussion stellt, dann ist das ein Infragestellen des liberalen Rechtsstaats und der Demokratie.

Ist es mit Kickl möglich, Kompromisse zu finden?

Bei Kickl gibt es nur ihn und seine Meinung. Alle anderen werden beschimpft – aufs Übelste. Eine Demokratie kann aber nur funktionieren, wenn wir uns auf gewisse Regeln einigen, und es bedarf eines gewissen Respekts gegenüber anderen Positionen und Menschen. Das sehe ich bei Kickl nicht.

„Kickl verdient in einem Monat so viel, wie manche in einem Jahr!“



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Nina Horacek: „Bei Kickl gibt es nur ihn und seine Meinung. Alle anderen werden beschimpft – aufs Übelste.“

Kickl versucht, vor allem unabhängige Medien, den ORF, die Qualitätsmedien etc. zu diskreditieren. Wie gefährlich ist diese Entwicklung?

Sehr gefährlich. Es ist ein Angriff auf unabhängige Medien. Das ist ein Angriff auf die Demokratie. So wie in Ungarn oder vor kurzem auch in Polen. Natürlich ist es für ihn angenehmer, zu einem FPÖ-Medium zu gehen, als sich den Fragen von Armin Wolf in der ZIB 2 zu stellen. Doch Medien sind dafür da, dass sie im Auftrag der Wähler*innen die Politik kritisch hinterfragen.

Bekommt der Falter von Kickl ein Interview?

Wir bekommen regelmäßig Absagen. Das zeigt sein Verständnis von Pressefreiheit.

Welche Rolle spielt der Boulevard bei der Verrohung der Sprache in Österreich?

Eine wichtige, in Kombination mit sozialen Medien. Leider passiert heute das, was viele österreichische Medien bereits unter Haider taten: Sie haben über jede Bösartigkeit groß berichtet und so Haider und die FPÖ hochgeschrieben. Teilweise wird medial auch auf den ausländerfeindlichen FPÖ-Ton eingestiegen. Besser wäre, auch bezüglich anderer Themen nachzufragen. Welches Konzept hat die FPÖ zum Beispiel gegen die Altersarmut?

Kennst du das FPÖ-Konzept gegen Altersarmut?

Die FPÖ kritisiert zum Beispiel, dass Asylwerber 40 Euro Taschengeld im Monat bekommen. Das

Geld sollte man den Asylwerbern wegnehmen und österreichischen Pensionist*innen geben. Was würde das ändern? Da kriegt dann jeder Pensionist und jede Pensionistin ca. einen Euro. Damit soll wirklich die Altersarmut bekämpft werden? Es ist die Aufgabe von uns Journalist*innen, so etwas aufzuzeigen!

Ist die FPÖ eine soziale Partei?

Nein. Die FPÖ war daran beteiligt, dass in Österreich der 12-Stunden-Tag eingeführt wurde, dass durch die schwarz-blauen Pensionsreformen zwischen 2000 und 2006 nun für weniger Geld länger gearbeitet werden muss. Die „Reform“ der Gesundheitskassen hat extrem viel Steuergeld vernichtet und für Arbeitnehmer*innen nichts gebracht. Nur

Thema

die Arbeitgeber*innen haben davon profitiert.

Was würde eine FPÖ-Regierungsbeteiligung für Österreich bedeuten?

Die Erfahrungen aus den Jahren 2017 bis 2019, aber auch eines Landeshauptmanns Jörg Haider zeigen: Es wird sehr viel Steuergeld vernichtet. Und der Ton wird sicher noch rauer werden. Eine „Festung Österreich“, wie Kickl sie sich wünscht, hilft weder den Arbeitnehmer*innen noch der Wirtschaft.

Was sagst du zu Kickls Konzepten zu den Themen Bildung und Integration?

Kickl möchte eine strenge Schule, in der wieder der Lehrer der Chef ist – überspitzt gesagt die Wiedereinführung des Rohrstabers. In ihrer letzten Regierung hat die FPÖ gemeinsam mit der ÖVP das verpflichtende Integrationsjahr für anerkannte Flüchtlinge gestrichen. Und Kinder, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, in Ghetto-Klassen stecken lassen. Das heißt, sie streicht Integrationsmaßnahmen, um sich dann darüber aufzuzuregen, dass sich „die Ausländer“ nicht integrieren wollen. Die FPÖ züchtet das Problem, das ihr Wähler*innen bringt.

Ein Kreislauf sozusagen ...

Ja. Kickl hat gar kein Interesse, Probleme zu lösen! Er braucht die Probleme, damit die Leute Angst haben und FPÖ wählen.

Hat die FPÖ das Vertrauen in das politische System beschädigt?

Sehr! Durch ihre Art des Diskurses. Kickl beschimpft andere Politiker*innen aufs Heftigste. ÖVP-Generalsekretär Stocker nennt er

Gewinnspiel

Die Hauptgruppe 1 verlost 20 signierte Bücher „Kickl beim Wort genommen“ von Nina Horaczek.

Schreiben Sie ein E-Mail mit dem Betreff „Gewinnspiel“ und mit Ihren Kontaktdaten (Name & Adresse) an teamwork@hg1.wien.gv.at



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Nina Horaczek schreibt im Falter die Kolumne „Blauland - Nachrichten aus der Welt der FPÖ“

einen „geistigen Einzeller“ oder er spricht von „roten und schwarzen Politmädern“, wenn er über die SPÖ- und ÖVP-Funktionäre in der Krankenkasse redet. Selbst Bundespräsident Van der Bellen beschimpft er als „die Mumie in der Hofburg“. Karl Nehammer nennt er „die größte Plage der Nation“. So redet man nicht miteinander. Das ist einfach kein Umgang!

Was kann dagegen unternommen werden?

Die Aufgabe von Medien ist, zu sagen, was ist. Mein Eindruck ist aber, Medien berichten sehr viel Schlechtes und zu wenig Positives. Ich kenne viele Frauen und Männer, die 2015 als junge Menschen zu uns gekommen sind und mittlerweile in Alten- und Pflegeheimen, auch in Spitälern einen ganz wichtigen Job machen. Wenn man immer nur berichtet, dass die Welt böse und bedrohlich ist, braucht man sich nicht zu wundern, dass die Leute sagen: „Wir wollen einen Stacheldrahtzaun haben!“

Du zeigst klare Kante gegen den Rechtsextremismus. Bist du selbst schon einmal bedroht worden?

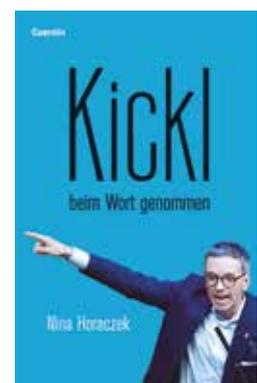
Nein, bin ich nicht. Auf einer

FPÖ-Veranstaltung zur „Gesundheitsdiktatur“ wurde ich von einem Funktionär gebeten, zu gehen. Als ich ihn fragte wieso, meinte er, es seien viele FPÖ-Sympathisanten und Funktionäre da, die auch einen Blödsinn sagen könnten, „und Sie schreiben das dann – das wollen wir nicht!“

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Kickl beim Wort genommen

Von Nina Horaczek
ISBN: 978-3-7076-0855-7
Czernin Verlag, 2024
179 Seiten



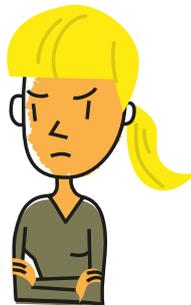
„Die FPÖ ist demokratisch gewählt, doch sie agiert gegen die Demokratie.“

Querraunzerin

Die Oma soll es richten

War es ein Geistesblitz, oder eine himmlische Eingebung? Oder beides? Endlich hat die ÖVP ihre geniale „Lösung“ für die extrem lückenhafte Kinderbetreuung der Ein- bis Dreijährigen in Bundesländern präsentiert: Eine Großelternkarenz soll kommen! Was für Familienministerin Susanne Raab der Stein der Weisen zu sein scheint, ist tatsächlich blanker Unsinn. Die Großeltern – es werden vermehrt die Großmütter sein – „dürfen“ sich gegen Entgelt nun an der Kinderbetreuung beteiligen, wenn beide Eltern erwerbstätig sind. Es soll einen „Großeltern-Bonus“ geben, „analog zum Kinderbetreuungsgeld in derselben Höhe“. Raab schlägt vor, dass Mutter und Vater jeweils für sechs Monate in Karenz gehen und die restlichen zwölf Monate von den Großeltern bestritten werden. Vor allem für die Frauen ist das ein schlechtes Geschäft und eine Fortschreibung einer üblen Situation, die seit Jahrzehnten repariert gehört!

Denn wenn es um die Elternkarenz geht, hören wir nach wie vor den Satz: „Er verdient halt mehr!“ Nur ein Prozent der Papas gehen in Österreich länger als sechs Monate in Elternkarenz. Damit lastet der Löwenanteil der Kinderbetreuung auf den Schultern der Mamas. Dann folgt jahrelange Teilzeitarbeit, verbunden mit dem Verzicht auf Karriere. Das bringt den Frauen erhebliche Verluste beim Einkommen und bei der Pension. Zehn Jahre Teilzeit sind auf ein Erwerbsleben gerechnet im Schnitt 200.000 Euro weniger Einkommen und Pensionsbemessung,



„ÖVP-Großelternkarenz“ geht massiv auf Kosten der Großmütter

hat das Momentum Institut berechnet. Am Ende der Reise steht die Altersarmut von Frauen. Die durchschnittliche Frauenpension liegt mit 1.378 Euro fast 200 Euro unter der aktuellen Armutsgefährdungsschwelle von 1.572 Euro – jene von Männern um rund 730 Euro darüber. Das ist einfach nur erbärmlich!

Wenn Großeltern ins Spiel kommen, ändert sich daran gar nichts. Denn auch da wird es heißen: „Opa verdient halt mehr“, und – schwupps – soll es die Oma richten. Statt ihre politische Verantwortung als

Familienministerin wahrzunehmen, spielt Susanne Raab den Ball dreist an die Familien zurück und verkauft ihre eigene Untätigkeit dann als politischen Erfolg, als geniale Idee. Sie spricht von Wertschätzung für die ältere Generation und „echter Wahlfreiheit“. Wie zynisch ist denn das?

Was es braucht, ist ein Rechtsanspruch auf eine kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr in ganz Österreich, um Beruf und Familie vereinbaren zu können, wie das Andi Babler fordert. Und: Es braucht auch die Erkenntnis, dass Kindergärten keine Aufbewahrungsstätten sind, sondern die ersten Bildungseinrichtungen, die den Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft legen! Frau Ministerin, Wien zeigt vor, wie Kinderbetreuung geht.

Wilma

Interview

„Der Markt wird in den Mittelpunkt“

Wie neoliberale Eliten täglich den öffentlichen Diskurs beeinflussen, um ihre Macht zu sichern – auf Kosten der „Vielen“, erklärt der Autor Michael Mazohl im Interview.

Karin Zauner-Lohmeyer: Du hast gemeinsam mit Natascha Strobl das Buch „Klassenkampf von oben“ geschrieben. Was war euer Motiv?

Michael Mazohl: Durch das Buch zeigen wir, dass es in verschiedenen Lebensbereichen neoliberale Rhetorik und Mythen gibt, die dazu dienen, den Wohlhabenden ihre Macht zu sichern und den „Vielen“ etwas vorzumachen. Sie werden ganz bewusst von „oben“, von Eliten, forciert. Das Buch richtet sich ganz besonders an Personalvertreter*innen, die Aufklärungsarbeit leisten.

Warum habt ihr den Begriff „Klassenkampf“ im Titel gewählt?

Der Begriff erzeugt Aufmerksamkeit und ist auch heute noch aktuell. Nach wie vor gibt es Leute, die nichts anderes als ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen können, und andere, die im Wesentlichen Produktionsmittel besitzen. Damit kommt es zu Interessenkonflikten.

Was sind neoliberale Thinktanks?

Ein Thinktank ist eine Lobby-Agentur, die den Auftrag hat, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die öffentliche Meinung stark im Sinne des Auftrags zu beeinflussen. So werden Persönlichkeiten und Expert*innen in bekannten TV-Formaten wie der ZIB 2 platziert, um dort im Auftrag Vermögender die neoliberalen Narrative zu befeuern.

Gibt es neoliberale Thinktanks auch in Österreich?

Ja, am bekanntesten ist Agenda Austria. Hinter ihr stehen Vermögende wie Industriebetriebe, Großkonzerne, Banken, Stiftungen, Vermögensverwaltungen, etc. Der Name Agenda Austria ist eigentlich unvollständig. Es müsste Agenda 1 Prozent Austria heißen, weil es um die Interessen der Allerreichsten geht.

Lass uns über die Mythen reden, zum Beispiel über die Behauptung, dass die Senkung der Lohnnebenkosten Vorteile für alle hätte.

Neoliberale sagen: „Mein Gott, wie sehr würden die Arbeitnehmer*innen entlastet werden, wenn wir so wenig Steuern wie in Griechenland bezahlen würden.“ Was nicht dazu gesagt wird: wie das Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem in Griechenland aussieht! Wollen wir das wirklich so in Österreich haben? Sicherlich nicht. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist also ein massiver Angriff auf den Sozialstaat! Zumal die Lohnnebenkosten seit 2016 um zwei bis drei Milliarden Euro pro Jahr bereits gesenkt wurden.

Ein weiterer Mythos dreht sich um den Begriff des Arbeitskräftemangels. „Arbeitslose“ werden von der ÖVP oft als „arbeitsunwillig“ dargestellt. Warum ist das so?

Das Narrativ, dass „Arbeitslose“ keine Arbeit annehmen wollen, verschleiert ein strukturelles Problem. Viele Betriebe haben es ver-



Michael Mazohl: „Die Senkung der Lohnnebenkosten“

absäumt, in gute Arbeitsbedingungen sowie Aus- und Weiterbildung zu investieren. Die Arbeitsbedingungen sind vor allem im Tourismus im Westen Österreichs zum Teil katastrophal, sodass dort niemand arbeiten möchte. So wurden die Ruhezeiten auf sechs Stunden reduziert. Das heißt: Dienst bis 24 Uhr und dann kann es sein, dass man am nächsten Tag ab 6 Uhr das Frühstück aufdecken muss. Und da bleibt halt keine Zeit übrig für die Familie oder ausreichend Schlaf.

Auch das berühmte „Pensionsloch“ wird immer wieder von ÖVP und NEOS als gigantisches Problem thematisiert. Was steckt dahinter?

Anfang Herbst wird immer ein gewisser zweistelliger Milliardenbetrag genannt, der im Budget fehlt, um die Pensionen zu finanzieren: das Pensionsloch! Das klingt natürlich erschreckend! Fakt ist: Die Pensionsausgaben Österreichs können über die Jahre hinweg

„Was die Neoliberalen wirklich gut können: ihre Leute in die ZIB setzen!“

t gestellt, nicht der Mensch.“



BILD: © GEORG WILKE/HGT

sten ist ein massiver Angriff auf den Sozialstaat!“

als stabil betrachtet werden. Und letztendlich ist es immer eine politische Entscheidung, wofür ein Staat sein Geld ausgibt. Die ÖVP und die NEOS wollen damit erreichen, dass mehr Geld statt in das öffentliche Umlagen-System in die private Vorsorge fließt. Reine Klientelpolitik.

Auch das Pensionsantrittsalter soll unbedingt angehoben werden, wenn es nach der ÖVP geht. Was hältst du davon?

Im ersten Moment denken viele: „Klingt vernünftig. Wir werden alle älter.“ Doch die Daten zeigen, dass viele Menschen im Alter arbeitslos sind und keine Chance auf einen Job haben. Die allerbeste Pensionspolitik ist die Arbeitsmarktpolitik. Prioritäres Ziel muss sein, möglichst viele Leute möglichst lange gesund in der Berufswelt zu halten. Ganz besonders Frauen.

Bei der Einführung des 12-Stunden-Tags hat die ÖVP mit

mehr Freiheit für Arbeitnehmer*innen argumentiert. Stimmt das?

Ganz und gar nicht. Da wurde versprochen, dass wir mit dem 12-Stunden-Tag ganz frei und flexibel arbeiten können, zu jeder Zeit. Das ist nur für ganz, ganz wenige richtig; für die meisten nicht.

Eine weitere Schwindelnummer war die „Patienten-Milliarde“ ...

Das hat die Ex-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein zugegeben: „Es war ein PR-Gag!“ Was die Neoliberalen wirklich gut können: ihre Leute in die ZIB setzen, um den Diskurs zu beeinflussen. Das war gerade damals der Fall. Was herauskommt, sehen wir heute.

Neoliberale reden auch immer wieder von den „Leistungsträger*innen“, die sich ihren Erfolg durch Fleiß verdienen. Stimmt das so?

Nein, Leistungsträger*innen, die die ÖVP meint, haben in den meisten Fällen geerbt – und das ist keine Leistung.

Dieser neoliberale Diskurs hat schon sehr viel mit Menschenverachtung zu tun.

Ja, weil er auch gar nicht den Menschen in den Mittelpunkt stellt, sondern einen Markt. Und das funktioniert, solange der Markt irgendwie funktioniert. Aber wenn er dann zusammenbricht, dann können die Vielen, also wir Steuerzahler*innen, alles bezahlen und auffangen.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Michael Mazohl studierte Digitale Kunst an der Universität für angewandte Kunst Wien. Im ÖGB-Verlag entwickelte er Kampagnen für die Arbeiterkammer, den ÖGB, die Gewerkschaften und andere Institutionen. Zudem arbeitete er als Journalist und Pressefotograf für nationale und internationale Magazine. Drei Jahre zeichnete er als Chefredakteur für das Magazin „Arbeit & Wirtschaft“ verantwortlich und führte das Medium in seine digitale Zukunft.



Buch „Klassenkampf von oben“ Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks

Von Natascha Strobl und Michael Mazohl

ISBN: 978-3-99046-464-9

ÖGB-Verlag

268 Seiten

Preis: € 29,90

„Politik mit Herz und Hirn.“

Der Expert*innen-Rat der SPÖ hat 24 Ideen für die Zukunft Österreichs entwickelt, um das Land besser zu machen: leistbarer, sicherer und demokratischer.

Mit  + Hirn.

Wir spüren es alle: Etwas läuft schief im Land. Sehr viele Menschen können sich das tägliche Leben nicht mehr leisten. Die Bundesregierung agiert abgehoben und macht Politik für Reiche und Superreiche. Es ist dringend an der Zeit für eine Veränderung! Österreich braucht eine Regierung, die nah bei den Menschen ist und sich für ein gutes Leben für alle einsetzt. Der SPÖ-Expert*innen-Rat hat in 24 Themen-Gruppen Ideen für die Zukunft unseres Landes entwickelt. Hier ein Auszug:



BILD: © SPÖ PRESSE UND KOMMUNIKATION

WOHNEN

Die Mietpreissteigerungen müssen auf maximal zwei Prozent pro Jahr begrenzt werden.

GESUNDHEIT

Rechtsanspruch auf einen Facharzttermin innerhalb von 14 Tagen.

FRAUENGESUNDHEIT

Das Recht auf eine kostenlose jährliche gynäkologische Untersuchung in Wohnortnähe.

GEWALTSCHUTZ

Umsetzung eines nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen.

SICHERHEIT

Mehr Grundgehalt und bessere Arbeitsbedingungen für die Polizei-Beamt*innen, um den Job attraktiver zu machen.

BARGELD

Die Banken werden zur Bargeldversorgung verpflichtet und müssen auch die Kosten tragen.

ARBEITSMARKT

Wir wollen Langzeitarbeitslosigkeit abschaffen und eine Beschäftigungsgarantie für Österreich.

INTEGRATION

Wer in Österreich bleibt, soll so schnell wie möglich Deutsch lernen und einer Arbeit nachgehen.

INKLUSION

Angemessener Lohn für behinderte Menschen statt eines Taschengelds.

KLEINUNTERNEHMEN

Auszahlung des Krankengelds ab dem vierten Tag der Krankheit und eine lückenlose Absicherung bei langer Krankheit.

KLIMASCHUTZ

Wir wollen den Klimawandel mit aller Kraft bekämpfen und die sozial-ökologische Wende gestalten mit einer Transformationsstrategie für Österreich. Wir wollen grüne Technologie Made in Austria forcieren.

DIGITALISIERUNG

Den technologischen Fortschritt so managen, dass er allen nützt und nicht nur wenigen.

WASSER

Wir brauchen eine Wasserstrategie, die sicherstellt, dass wir 2050 genügend Wasser haben – genug Trinkwasser und genug Wasser, um Feldfrüchte zu bewässern.

STEUER

98 Prozent der Österreicher*innen sollen weniger Steuern zahlen. Unter einer SPÖ-geführten Regierung soll der Steuerbeitrag der Arbeitseinkommen spürbar sinken, jener von Millionenvermögen gleichzeitig steigen.

TIERWOHL

Österreich muss zum Tierwohl-Musterland werden. Wir wollen, dass Bäuerinnen und Bauern dabei unterstützt werden, um bessere Tierwohlauflagen erfüllen zu können.



BILD: © SPO PRESSE UND KOMMUNIKATION

Andi Babler ist ein Menschenfreund und Problemlöser. Er will Österreich zum Besseren gestalten.

BILDUNG

Rechtsanspruch auf einen Gratis-Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr – weniger Schließtage und längere Öffnungszeiten nach

dem Vorbild Wiens, kleinere Kindergartengruppen, eine Personaloffensive und bessere Entlohnung für Elementarpädagoginnen und -pädagogen.

KINDERARMUT

Kindern alle Chancen! Wir wollen Kinderarmut abschaffen und kinderbezogene Infrastruktur massiv ausbauen, das heißt: eine hochwertige Kinderbildung mit Gratis-Mittagessen, einen kostenlosen Zugang zu Ferien- und Freizeitangeboten und flächen- sowie bedarfsdeckender Versorgung mit ärztlichem und therapeutischem Angebot.



BILD: © SPO PRESSE UND KOMMUNIKATION



Alle 24 Ideen für Österreich sind im Detail auf der SPÖ-Website dargestellt, QR-Code mit der Handy-Kamera scannen.

Weitere Informationen:

www.spoe.at/mit-herz-und-hirn-24-ideen-fuer-oesterreich

Mitarbeiter*innen der Stadt Wien rocken die Wahlen

Das englische Wort „rocken“ bedeutet musikalisch gesehen „Rockmusik machen“, im übertragenen Sinn steht es für „etwas auf die Reihe“ bekommen.



BILD: © GEORG WILKENIG

Kurt Mrzena-Merdinger
Vorsitzender-
Stellvertreter
Hauptgruppe 1

Die Organisation eines Wahlverfahrens erfordert auch in einem so kleinen Land wie Österreich einen erheblichen Aufwand. Es braucht viele Monate und gut eingespielte Teams in der Verwaltung, um den ordnungsgemäßen Ablauf zu gewährleisten. In Wien machen es unzählige Mitarbeiter*innen der Stadt durch monatelangen Einsatz möglich, dass die rund 1,2 Millionen (bundesweit rund 6,4 Millionen) Wahlberechtigten der Stadt am 29. September 2024 ihre Stimme in den Wahllokale abgeben oder mittels Briefwahlkarte wählen können. Dabei ist es gerade erst einmal knapp drei Monate her, dass die Arbeiten rund um die Europawahlen 2024 abgeschlossen wurden. Bundesweit buhlen dieses Mal neun Parteien um die Gunst der Wähler*innen – in Wien sogar elf. Am Wahltag sind dann die wahlberechtigten Wiener*innen aufgerufen, bei dieser so wichtigen Wahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Wahlbeteiligung zu „rocken“.

Teamarbeit

Doch bis die Bürger*innen am Wahltag ihre Stimme abgeben können, das Ergebnis feststeht und auch diese Wahl abgeschlossen werden kann, sind viele Mit-



BILD: © MA 62

Wahlorganisation ist zeitkritisch und mit erheblichem Aufwand verbunden

arbeiter*innen notwendig, um im Team in vielen Stunden an vielen Tagen die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Dazu arbeiten in allen Bereichen des Magistrats die Mitarbeiter*innen der einzelnen Dienststellen in gewohnter Manier wieder Hand in Hand. Denn es gilt einen strengen Zeitplan einzuhalten, damit der Wahltag zum „Rockkonzert“ werden kann. Angefangen von den Bestätigungen von Unterstützungserklärungen, der Auflage des Wählerverzeichnis, vor allem aber die detaillierte Organisation des Wahltags mit der Sicherstellung und Einteilung des notwendigen Personals für die rund 1.500 Sprengelwahllokale samt Reserve, der Anfertigung und Auslieferung

des Wahl equipments, bis hin zur elektronischen Ausstattung einiger Dienststellen, der Sicherstellung der Sprengelwahllokale, der rechtlichen und organisatorischen Planung, der Ausstellung von Wahlkarten, der Ergebniserfassung und vielem mehr, arbeiten die Mitarbeiter*innen routiniert zusammen.

Gemeinsamer Kraftakt

Dennoch ist es nur mit großem Engagement und im Team möglich, eine so große Herausforderung zu meistern. Wir wünschen allen „Rocker*innen“ viel Kraft und gutes Gelingen für die neuerliche Abwicklung einer Wahl in diesem Jahr. Let's rock!

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Niemand kann eine Sinfonie alleine pfeifen. Es braucht ein Orchester.

Exaktes Timing ist das **A & O**

Noch lange bevor die Nationalratswahl am 28. Juni offiziell ausgeschrieben wurde, liefen in der MA 62 – Zentrales Wahlservice und bei den Magistratischen Bezirksämtern (MBÄ) bereits die Vorbereitungsarbeiten an.

Ab der offiziellen Ausschreibung der Nationalratswahl am 28. Juni konnten bei den MBÄ oder der MA 62 Unterstützungserklärungen für wahlwerbende Gruppierungen unterschrieben werden, damit diese bei der Nationalratswahl antreten können. Für die Einbringung des Landeswahlvorschlags für Wien sind entweder die Unterschriften von drei aktuellen Nationalratsabgeordneten (so wurden die Wahlvorschläge der aktuellen Parlamentsparteien eingebracht) oder 500 Unterstützungserklärungen von in Wien wahlberechtigten Personen notwendig. Bis zum 2. August wurden von elf wahlwerbenden Gruppen zulässige Landeswahlvorschläge eingebracht – diese elf werden am amtlichen Stimmzettel in Wien wählbar sein. Aufgrund der Vielzahl an Parteien und der bundesgesetzlichen Bestimmungen zur Mindestschriftgröße wird der Stimmzettel die Größe von drei A4-Bögen nebeneinander haben. Die korrekte Anführung der Namen sämtlicher etwa 1.000 Kandidat*innen auf den Stimmzetteln und Kundmachungen wurden von Mitarbeiter*innen der MA 62 mehrfach penibel geprüft.

Wichtige Stichtage

Für die Nationalratswahl müssen sämtliche Wahlbehörden neu gebildet werden. Für die Nennung der Beisitzer*innen und Vertrauenspersonen hatten die Parteien ab dem Stichtag 9. Juli lediglich zehn Tage Zeit. Bis zum 8. August

bestand die Möglichkeit, in das Wählerverzeichnis Einsicht zu nehmen und einen Berichtigungsantrag zu stellen. Über diese Anträge entscheidet in erster Instanz die jeweilige Bezirkswahlbehörde, in zweiter Instanz das Bundesverwaltungsgericht. Um den 20. August wurde das Wählerverzeichnis für die Nationalratswahl endgültig abgeschlossen und am 2. September startete die Wahlkartenausstellung bei den MBÄ.

Bis zum Wahltag müssen die MA 62-Mitarbeiter*innen sämtliche Drucksorten und Kuverts

organisieren und verpacken, die Arbeitsanleitungen für die MBÄ und die Wahlleiter*innen erstellen. Die Bestellsdekrete der Wahlleiter*innen und Stellvertreter*innen werden in dieser Zeit von der MD-PR übermittelt.

Perfekte Organisation

Im Laufe des Wahltags werden dann alle Wahlsprengel mit einem Großteil der rückgelangten

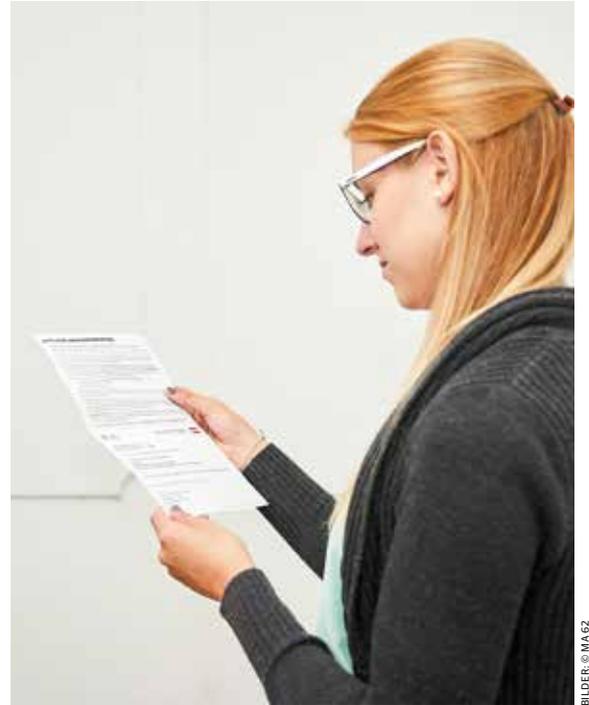
Eine erfolgreiche Wahl kann nur GEMEINSAM geschafft werden!



Die Wahlzellen und Wahlurnen sind nach der EU-Wahl im Frühjahr heuer schon zum zweiten Mal im Einsatz



Andreas Fitzthum
Vorsitzender
DA 103 - Allgemeine
Verwaltung



BILDER © MA 62

Ohne zeitgerechte Organisation und anpackende Kolleg*innen wäre die „Materialschlacht“ nicht zu bewältigen

Briefwahlkarten beliefert, die seit dem Wahlrechtsänderungsgesetz 2023 von den Sprengelwahlbe-

hörden ausgezählt werden. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, dass in

Wien mehr als 350.000 Wahlkarten ausgestellt werden und der überwiegende Teil davon mit der Post verschickt wird. Am Wahlabend sind die einlangenden Ergebnisse einzugeben und zu prüfen. Die MA 62-Kolleg*innen stehen dabei den MBÄ mit Rat und Tat zur Seite und treffen bereits alle Vorkehrungen für die Sitzungen der Landeswahlbehörde am 30. September (Zählung und Verpackung sämtlicher Briefwahlkarten und Wahlkuverts für die anderen Landeswahlbehörden) und 3. Oktober (Auszählung der rückgelangten Briefwahlkarten und der Wahlkuverts aus anderen Landeswahlbehörden).

Erst Mitte Oktober wird in MBÄ, der MA 62 und allen mit der Wahl befassten Abteilungen wieder etwas Ruhe einkehren. Aber schon nächsten Herbst warten die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen auf das gut eingespielte Wahlteam.

andreas.fitzthum@wien.gv.at

Überblick Personaleinsatz:

1.500	Sprengelwahlleiter*innen
2.998	Stellvertreter*innen
38	Leiter*innen von Besonderen Wahlbehörden
19	Stellvertreter*innen für Besondere Wahlbehörden
50	unterstützende Mitarbeiter*innen
800	Reservist*innen

Zusätzlich rund 1.740 Ordner*innen und 500 Ordner-Reservist*innen

Die Anzahl der externen Mitarbeiter*innen hat sich von 400 auf 480 erhöht (im Vergleich zur EU-Wahl 2024).

(Daten: EU-Wahl 2024)

Die wichtigsten Aufgaben des Wahlteams in der MD-PR:

- 18.07. Einarbeitung der Personalmeldungen
- 23.07. Beginn der Personaleinteilung (Wahlleiter*innen und Ordner*innen) bis 12.08. (inklusive Erfassung aller rund 80 Instruktionstermine)
- 30.08. Druck der Bestellsdekrete
- 03.09. Versand der Bestellsdekrete

Wien Digital spielt bei Wahlen eine **zentrale Rolle**

Bei jeder Wahl in Wien, egal ob Bezirks-, Gemeinderats-, Nationalrats- oder Europawahl, zeichnet die MA 01 für die technische Abwicklung verantwortlich.



BILD: © MAG 2

Die Möglichkeit, mittels Briefwahl zu wählen, wird immer beliebter

Wien Digital beginnt bereits etwa vier Monate vor einem Wahltermin mit der Planung der mehr als 150 notwendigen Aktivitäten sowie der Bereitschaftsdienste und mit der Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Durchführung der Wahl. Da es sich um sehr komplexe Abläufe handelt, wurde in Zusammenarbeit mit den Expert*innen der fachlich verantwortlichen Dienststellen die dafür erforderliche Wahlanwendung entwickelt. „Sicherheit, Zuverlässigkeit und Transparenz sind dabei die obersten Ziele, die gemeinsam mit der Wahlbehörde umgesetzt werden“, betont Wien

Digital-Abteilungsleiter Werner Nabicht. „Mit ihrer Erfahrung, sorgfältigen Vorbereitung und kompetenten Unterstützung tragen die Kolleg*innen dazu bei, einen wichtigen demokratischen Vorgang schrittweise zu digitalisieren.“

Gute Vorbereitung

Das Wählerverzeichnis ist die Grundlage für nahezu alle weiteren Wahlunterlagen. Ganz ohne Papier geht es dabei nicht: In der Druckerstraße von Wien Digital werden rund 150.000 Hauskundmachungen produziert und versendet. Für die Bezirksämter wurde von Wien Digital eine spezielle

Druckerkonfiguration entwickelt, die auf allen Wahlkartendruckern zur Verfügung gestellt wird. Damit können die rund 300.000 Wahlkarten gedruckt werden, unabhängig vom Druckertyp.

Kompetenz und Erfahrung

Am tatsächlichen Wahltag sind dann am Standort von Wien Digital mehr als 60 Mitarbeiter*innen im Einsatz, um einen störungsfreien Ablauf zu garantieren. Mit der Wahlanwendung werden die gezählten Stimmen aus den einzelnen Wahlsprengeln in den Bezirkswahlbehörden erfasst. Diese Wahlergebnisse werden dadurch auch auf dem Stadtplan und der Website www.wien.gv.at für die Bürger*innen sichtbar. Medienvertreter*innen und Hochrechnungsinstitute können über eine separate Anwendung diese Ergebnisse abrufen. Dabei sind die Mitarbeiter*innen von Wien Digital oft bis in die frühen Morgenstunden im Einsatz. Der Wahlprozess endet für Wien Digital mit der Übermittlung der finalen Datei an das Bundesministerium für Inneres. Barbara Bilka, Vorsitzende der Personalvertretung von Wien Digital: „Das Engagement unserer Kolleg*innen trägt essentiell dazu bei, dass Wahlen für die Stadt und ihre Bürger*innen reibungslos ablaufen können.“



BILD: © PRIVAT

Laurenz Bauer
Team Wahlen,
Personenwesen
und Recht

„Sicherheit, Zuverlässigkeit und Transparenz sind oberste Ziele.“

Der Aufwand vor Ort ist enorm

In Wien werden in rund 280 Schulen Sprengelwahllokale eingerichtet. Die Kolleg*innen der MA 56 sorgen vor und nach dem Wahltag für einen reibungslosen Ablauf.



Unsere Kolleg*innen sind die ersten und die letzten, die an den Wahltagen vor Ort sind

damit die Wahlleiter*innen die allerletzten Wahlvorbereitungen erledigen können. Kurz vor 7:00 Uhr muss alles fertig sein!

Während der Wahl gilt für alle Kolleg*innen Anwesenheitspflicht. Denn wenn irgendwo technische Probleme auftauchen oder gröbere Verunreinigungen anfallen, sind diese Aufgaben prompt zu erledigen. Die Schulfach*innen sorgen für eine sichere Abwicklung der Wahl, in den Wintermonaten zum Beispiel, wenn es eisig ist, auch rund ums Haus, damit das Wahllokal gefahrlos betreten werden kann.



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Werner Wohlfahrt
Vorsitzender DA 124 -
Wiener Schulen -
Wartung & Service

Es liegt in der Natur der Sache, dass Wahlen nicht in Ferienzeiten abgehalten werden, sondern dann stattfinden, wenn auch in den Schulen ganz normaler Betrieb ist. Heuer wurden die Schulräume nach der Grundreinigung im Sommer schon wieder vier Wochen intensiv genutzt, bevor die Kolleg*innen mit den Vorbereitungsarbeiten beginnen können. Bereits am Freitagnachmittag werden die benötigten Räumlichkeiten „freigespielt“. Je nach Sprengelanzahl dauert das oft bis in die Nachtstunden: Möbel werden ausgeräumt, gründlich gereinigt und

die Wahllokale mit den Wahlzellen, Urnen, Tischen und Sesseln in geeigneter Anzahl bestückt. Bereiche, die am Wahlsonntag nicht genutzt werden, sind abzusperren, um einen ungehinderten Ablauf zu gewährleisten. Eine Woche vor der Wahl gibt es darum Urlaubssperre für die Bediensteten. Raumpflegerinnen und Küchendamen können sich als Wahlordnerinnen anmelden.

Umfassende Vorarbeiten

Am Samstag sind unsere Schulfach*innen am Schulstandort und warten, bis die Wahlkommission die Wahlsprenkel abnimmt. Das dauert meist bis zum Nachmittag. Am Sonntag beginnt der Dienst dann schon um 5:30 Uhr: aufsperrn, Lichter einschalten, die Heizung aktivieren wenn nötig,

Nachtschicht

Am Wahlabend nach dem Ende der Stimmenauszählung kommt dann der größte Teil der Arbeit auf die Kolleg*innen zu – denn bis zum Unterrichtsbeginn am Montag um acht Uhr sind es oft nicht einmal mehr zwölf Stunden. Die Zimmer müssen erneut ausgeräumt, die Böden gereinigt, die Klassentische wieder aufgestellt werden. Und in jedem genutzten Raum ist der Zustand von Freitag Nachmittag für den Unterrichtsbetrieb wiederherzustellen. Absperrungen und Wegweiser entfernen, Gänge und WC-Anlagen sauber machen, damit für den Schulbetrieb wieder alles bereit ist. Das Personal der MA 56 leistet in dieser Zeit sehr viel, und man muss ihm ein großes Lob für sein Engagement aussprechen.

Der Einsatz unserer Kolleg*innen ist beachtlich!

werner.wohlfahrt@wien.gv.at

Wie Wahlzellen und -urnen ihren Weg ins **Wahllokal** finden

Im Logistikcenter der Stadt Wien sorgen 56 Mitarbeiter*innen dafür, dass jedes Wahllokal am Wahltag mit den notwendigen Wahlzellen, Urnen, Tischen und Sesseln bestückt ist.

Freitag vor der Wahl um 6 Uhr am Morgen. Die Mitarbeiter*innen des Logistikcenters der MA 54 in der Oswald-Redlich-Straße im 21. Bezirk treten ihren Dienst an. Seit sechs Wochen laufen hier bereits die Vorbereitungen auf Hochtouren. Im Lager des Logistikcenters werden Wahlzellen, Tische und Sessel auf Beschädigungen überprüft und gereinigt. Kleine Reparaturen, wie das Ausbessern absteherender Kanten, werden von den Mitarbeiter*innen gleich erledigt. Wahlgeräte mit größeren Beschädigungen kommen in die Werkstätte. Dort werden neue Wahlzellen gezimmert und beschädigte repariert, nach Bedarf Klapptische erzeugt oder erneuert. Für den barrierefreien Zugang in Wahllokale werden Rampen angefertigt. Auch mobile Trennwände werden für große Räume hergestellt, in denen mehrere Sprengel untergebracht sind, wie zum Beispiel in Turnsälen.

Kein Regelbetrieb möglich

In der Wahlwoche stehen sämtliche Wahlgeräte – Wahlzellen, Wahlurnen, Klapptische, Sessel und mobile Trennwände – in den Gängen bereit. Der eigentlichen Tätigkeit, dem Kommissionieren von Waren, welche von den Dienststellen bestellt wurden, kann aus Platzgründen nicht mehr nachgegangen werden. Die meisten Wahllokale werden in der Woche vor der Wahl beliefert. Vom Wahl-Team in der Zentrale am Simone-de-Beauvoir-



Die ausgeklügelte Wahl-Logistik funktioniert geräuschlos und ungesehen im Hintergrund

Platz wurde der Bedarf für die einzelnen Sprengel erhoben und die Anlieferungstermine mit den Ansprechpartner*innen in den Wahllokalen koordiniert. Die Leitung des Logistikcenters erzeugt anhand dieser Daten die Lieferscheine und stellt die Touren zusammen.

Hochbetrieb vor dem Wahltag

Der Freitag vor der Wahl ist der stärkste Tag zum Ausliefern. Da an diesem Tag an die 30 LKW (für uns) unterwegs sind, im Regelbetrieb sind es sechs, werden die meisten Fahrzeuge bereits am Donnerstag mit den vorbereiteten Wahlutensilien vorbeladen. Im Wahllokal müssen die Wahlgeräte von den Transportarbeiter*innen zu den Räumlichkeiten gebracht werden. Und am Nachmittag wird noch eine zweite Tour ab-

geholt. Denn Kindergärten, die als Wahllokal fungieren, können erst am späteren Nachmittag beliefert werden. Dort müssen von den Kolleg*innen dann erst die Möbel aus den Gruppenräumen gebracht werden, um Platz für die Einrichtung des Wahllokals zu schaffen.

Aber am Wahltag ist alles bereit, damit die Wiener*innen ihre Stimme abgeben können. Und noch am Sonntagabend nach Wahlschluss beginnt wieder die Rückholung, die bis Ende der Woche erledigt ist.

werner.himburg@wien.gv.at



Werner Himburg
Vorsitzender DA 123 –
Zentraler Einkauf

Der Arbeitstag am Wahlsonntag dauert um die 18 Stunden.

Wichtige Fragen & Antworten rund

Wie gestalten sich die **gesetzlichen Ruhezeiten**, wenn am nächsten Tag der Dienst angetreten wird?

Die Bestimmungen über die tägliche Ruhezeit, die Ruhepausen, die wöchentliche Ruhezeit, die Höchstarbeitszeit sowie über die Nacharbeit gelten nicht im Rahmen von Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen.



Ist die **Wahlentschädigung** ruhegenussfähig?

Wahlleiter*innen und Stellvertreter*innen sowie unterstützende Mitarbeiter*innen erhalten eine Bruttoentschädigung in der Höhe von 499,26 Euro, städtische Bedienstete, die Ordnerdienste versehen, in der Höhe von 357,40 Euro. Die Wahlentschädigung ist zu 100 Prozent ruhegenussfähig bzw. fließt zu 100 Prozent in die Pension mit ein.

Wo meldet man sich, wenn man am **Wahltag erkrankt**?

Falls eingeteiltes Personal am Wahltag erkrankt, muss die betroffene Person dies rechtzeitig telefonisch dem zuständigen Magistratischen Bezirksamt mitteilen und eine Krankmeldung für den Tag einreichen. Bitte beachten Sie, dass kurzfristig erkranktes Personal von einem Krankenkontrollteam besucht



werden kann und eine Vorladung zum Amtsarzt für den Folgetag möglich ist. Dieser Vorladung ist unbedingt Folge zu leisten. Personal, das unentschuldigt nicht bzw. zu spät zum Wahldienst erscheint, wird zur Niederschrift in die eigene Personalstelle bestellt.

Wie gehe ich vor, wenn ich am **Tag der Wahlinstruktion dienstfrei** habe?

Bei der kommenden Wahl können auch freiwillige Meldungen von teilzeitbeschäftigten und karenzierten Bediensteten berücksichtigt werden. Daher kann es vorkommen, dass die Wahlinstruktion auf einen dienstfreien Tag (E) fällt. In diesem Fall muss der dienstfreie Tag innerhalb der Woche getauscht und der Personalstelle gemeldet werden. An diesem Tag darf kein Urlaub genommen werden. Die verpflichtenden Instruktionsveranstaltungen beginnen am Montag, dem 23. September, und müssen verpflichtend wahrgenommen werden. Mitarbeiter*innen dürfen durch die Teilnahme an diesen Veranstaltungen weder Vorteile noch Nachteile entstehen. Falls die Wahlinstruktion sowie der zugehörige Workshop außerhalb der regulären Dienstzeit liegen, ist die dafür aufgewendete Zeit so bald wie möglich auszugleichen.

um den **Dienst am Wahltag**

Ab wann gilt eine **Urlaubssperre?**

Damit die Vorbereitungsarbeiten termingerecht abgeschlossen werden können und die reibungslose Durchführung der Wahl sichergestellt ist, müssen Erholungsurlaube der städtischen Bediensteten so geplant werden, dass die ordnungsgemäße Durchführung gewährleistet ist. Das bedeutet, dass vom 23. bis 29. September das von den Dienststellen gemeldete Personal unbedingt zur Verfügung stehen muss (Urlaubssperre).

Wer muss bei einer **Wahl** mitarbeiten?

Die Durchführung der Wahlhandlung stellt eine Dienstpflicht der Mitarbeiter*innen der Stadt Wien dar. Die Personalsicherstellung wird von der Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Personal und Revision, Gruppe Personalwirtschaft und Förderungen vorgenommen. Vorrangig werden freiwillige Meldungen berücksichtigt. Aufgrund des hohen Personalbedarfs werden jedoch auch Mitarbeiter*innen herangezogen, die sich nicht freiwillig gemeldet haben. Es wird angestrebt, so weit wie möglich Gründe zu berücksichtigen, die gegen eine Einteilung am Wahltag sprechen. Dennoch wird empfohlen, die Bediensteten darauf hinzuweisen, dass sie auch ohne freiwillige Meldung und ohne Befreiung für den Wahldienst eingeteilt werden können bzw. müssen.

Was sind **anerkannte Befreiungsgründe?**

Die Befreiungen sind von den Dienststellen ordnungsgemäß zu dokumentieren. Soweit die Befreiungsgründe nicht zwingend dienstlicher Natur sind, dürfen nur persönliche Umstände berücksichtigt werden, die der Dienststellenleitung nachgewiesen oder zumindest glaubhaft gemacht und als gerechtfertigt erachtet werden.

Personen,

- die sich in einem längeren Krankenstand (länger als ein Monat und keine Aussicht auf Rückkehr vor dem Wahltermin) befinden
- die Altersteilzeit in Anspruch nehmen
- mit Diensterleichterungen
- die am Wahltag Dienst haben (Unternehmung WIGEV, MA 67 etc.) oder
- bei denen bereits Urlaube im entsprechenden Zeitraum vermerkt sind, sind nicht zu melden, da diese nicht für den Wahldienst herangezogen werden können.

Keine Befreiungsgründe sind jedenfalls:

- Familienfeiern
- Geburtstage
- Eintrittskarten für Veranstaltungen
- nach Kundmachung des Wahlerlasses gebuchte Urlaube
- Unlust
- kein Interesse an Politik

Bitte beachten Sie bei den Meldungen auch, dass Personen aus dem Umland von Wien möglicherweise auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind und sich bereits um 6:15 Uhr im Wahllokal einfinden müssen.

julia.fichtl@wien.gv.at

margit.pollak@wien.gv.at



Julia Fichtl
Referentin für
Dienstrecht



Margit Pollak
Vorsitzender
Stellvertreterin
Hauptgruppe 1



Ohne **Personalplanung** keine Wahlen

Um die Integrität und Transparenz des Wahlprozesses sicherzustellen, wirken unterschiedliche Leistungen zusammen. Die MA 6 - Rechnungs- und Abgabewesen spielt dabei eine Schlüsselrolle.



BILD: © GEORG WILKENIG 1

Petra Wallner
Vorsitzende DA 104 -
Finanzen und
Wirtschaft

Bereits lange vor einem Wahltag beginnen in der MA 6 die nötigen Vorbereitungen. Denn sie stellt nicht nur das Personal für die Sprengelwahlbehörden, sondern fast den gesamten Personalpool für die Ergebniserfassung. Das erfordert langfristige umsichtige Dienstplanung – in einem Jahr mit zwei bundesweiten Wahlen ganz besonders. Am Wahltag werden in einem aufwändigen Prozess die Wahlergebnisse und Vorzugsstimmen in die dafür vorgesehene Applikation eingetragen und an das zuständige MBA zur Beschlussfassung durch die Wahlkommission weitergeleitet. Dies dauert je nach Wahl oft bis in die frühen Morgenstunden des Montags nach



BILD: © SYMBOLFOTOSHUTTERSTOCK/PUHHHA

Die Mitwirkung bei der Wahl-Abwicklung zählt zu den Kernaufgaben

Hintergrundinfos

- 285 Mitarbeitende der MA 6 in den Sprengelwahlbehörden
- 150 Mitarbeitende der MA 6 für die Erfassung
- 60 Mitarbeitende der MA 6 für die Auszahlungen der Wahlentschädigungen
- über 50 verschiedene Routen quer durch Wien (Auszahlung der Wahlentschädigung)
- über 1.400 zu erfassende Sprengel
- durchschnittlich 680.000 Stimmen pro Wahl

der Wahl. Das IT-System zur Wahlerfassung wurde in Zusammenarbeit mit der MA 62 von Mitarbeitenden der MA 6 entworfen. Es wird laufend getestet, um den Schutz des Wahlsystems und die Sicherung der Wahlergebnisse zu gewährleisten.

Entlohnung bei der Wahl

Die Mitarbeit bei einer Wahl wird selbstverständlich entlohnt. Während die Personen in den Sprengelwahlbehörden ihre Entschädigung im Zuge der Gehaltsabrechnung erhalten, werden die Entgelte für die Ordner und Wahlbeisitzer direkt am Wahltag von Kolleg*innen der MA 6 (ZKS

und EuVD) bei ihrer Tour durch die Wahlsprengel bar ausgezahlt.

Perfekte Organisation

Damit kommt der MA 6 bei der Durchführung von Wahlen eine unverzichtbare Rolle zu. Durch ihre vielfältigen Aufgaben trägt sie maßgeblich dazu bei, dass Wahlen transparent und fair ablaufen. Von der logistischen Unterstützung bis hin zur Sicherstellung der Integrität des Wahlprozesses – die MA 6 sorgt meist ungesehen im Hintergrund dafür, dass jede Wahl in Wien erfolgreich und reibungslos abläuft.

petra.wallner@wien.gv.at

Frauen entscheiden Wahlen!

Über 50 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind weiblich. Frauen haben es also in der Hand, wie ihre und unsere Zukunft aussehen soll. Machen wir davon Gebrauch!



BILD: © JEFF MANGIONE/KURIER/PICTURESK.COM

Frauen treffen ihre Wahlentscheidung meist anhand konkreter Anliegen

Lange haben Frauen darum gekämpft, wählen zu dürfen und über sich selbst zu bestimmen. Dafür wurden viele Opfer gebracht. Nachdem das Frauenwahlrecht vor etwas mehr als hundert Jahren endlich durchgesetzt war, war es selbstverständlich, vom mühsam erzwungenen Recht Gebrauch zu machen und seine Stimme abzugeben. Die Frauen setzten sich intensiv mit den politischen Inhalten der damaligen Parteien auseinander, und sie erkannten schnell, dass konservative Politik der Gleich-

berechtigung zwischen Frau und Mann ablehnend gegenübersteht.

Rückschritt am Vormarsch

Die alten Rollenbilder haben wieder Hochsaison. Und auch heute wird es Frauen nicht leicht gemacht, sich neben den vielen Verpflichtungen mit politischen Inhalten auseinanderzusetzen. Die enorme Doppel- bzw. Dreifachbelastung erschwert es Frauen, sich zu engagieren. Studien belegen, dass Frauen durch die Care-Arbeit für Familie und Bekanntenkreis dafür einfach die Zeit fehlt.

Der Tag hat nun einmal nur 24 Stunden. Noch dazu neigen Frauen dazu, nichts einfach nur halb zu machen, sondern immer ganz oder gar nicht – egal ob im Job oder privat. Das kann in der Realität nicht funktionieren, und wir müssen auch kein schlechtes Gewissen haben, wenn wir nicht alles unter einen Hut kriegen. Aber fürs Wählen müssen wir uns die Zeit nehmen – es geht schließlich um unsere Interessen!



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Regina Müller
Frauenvorsitzende
sowie Referentin für
Diversität

Selbst ist die Frau

Alle fünf Jahre haben wir die Chance, unser demokratisches Recht in Anspruch zu nehmen und zur Wahl zu gehen. Wir haben es selbst in der Hand, welche Politik unser Land und unsere Zukunft gestalten soll. Wir müssen uns nur fragen: Wer setzt sich für Gleichberechtigung und Chancengleichheit ein? Wer sorgt dafür, dass es in der Frauenpolitik nicht zum Stillstand kommt, sondern etwas weitergeht? Wir brauchen nur dort das Kreuzerl zu machen, wo für uns Frauen das Beste zu erwarten ist. Und ganz ehrlich: Haben wir nicht alle großen Meilensteine in der Frauenpolitik unter sozialdemokratischer Führung erreicht?

Aber egal ob zufrieden oder unzufrieden – wählen gehen und mitbestimmen!

regina.mueller@wien.gv.at

Wahlen sind die Chance, aktiv mitzugestalten!

Inklusion endet nicht vor dem Wahllokal

Die Teilnahme am politischen Leben ist ein Grundrecht aller Menschen - auch Menschen mit Behinderung haben das Recht, zu wählen und gewählt zu werden.



BILD: © PRIVAT

Gottfried Maier
Vorsitzender-
Stellvertreter der
Behindertenver-
trauenspersonen
der HG1

Der alte Slogan „Wien ist anders“ bekam bei den heurigen Europawahlen eine ganz neue Bedeutung. Im Zuge der Wahlrechtsnovelle 2023 setzte sich die Stadt Wien zum Ziel, alle Wahllokale gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention Artikel 29 barrierefrei zu gestalten. Zusätzlich wurde mittels der „fliegenden Wahlbehörde“ Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die Ausübung ihres Wahlrechts ermöglicht. War der Besuch des zuständigen Wahllokals wegen mangelnder Geh- und Transportfähigkeit nicht möglich, konnte alternativ eine Wahlkarte online oder telefonisch bestellt werden. Darüber hinaus wurden allen beeinträchtigten Personen, die für ihre Stimmabgabe Hilfe benötigten, in den Wahllokalen Begleitpersonen als Assistenz zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, die Wahlbereitschaft von Menschen mit Behinderung deutlich zu erhöhen.

Dieser Einsatz der Stadt Wien ist durchaus zu begrüßen. Aber bedauerlicherweise erreichten die gut durchdachten Serviceangebote aufgrund mangelnder Barrierefreiheit der Informationen über die vielen Neuerungen die Menschen mit Behinderung zu spät oder gar nicht! Für Optimierungsvorschläge künftiger Wahlprozesse steht das Büro der Behindertenvertretung der HG 1 gerne zur Verfügung.

gottfried.maier@wien.gv.at



BILD: © ROLAND SCHLAGER/APA/PICTURESK.COM

In jedem Wahlsprenkel muss es zumindest ein barrierefreies Wahllokal geben - bis 2028 müssen alle Wahllokale barrierefrei sein

Neues Team der Behindertenvertretung der HG 1

Bei der Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahl 2024 wurden die Behindertenvertrauenspersonen der HG1 für die nächsten fünf Jahre gewählt, Anfang Juni wählte das neue Team den neuen Vorstand:

Bernhard Radl, Vorsitzender, MA 37
Peter Müller, Stellvertreter, MA 59
Mag. Harald Castek, Stellvertreter, MA 05
Gottfried Maier, Stellvertreter, MA 46
Astrid Stohl, Stellvertreterin, MA 10
Walter Figelmüller, Stellvertreter, FSW

Der Vorstand bedankt sich bei allen sehr herzlich für die Teilnahme an der Personalvertretungswahl 2024. Ein ganz besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen, die sich ab nun ehrenamtlich als Behindertenvertrauenspersonen für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft sowie für die Erhaltung bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzen.

Junge Menschen wählen anders

Erst- und Jungwähler*innen haben meist keine ausgeprägte Parteibindung – sie sind offener für neue Impulse, empfänglicher für Stimmungen und Trends.

In einer sich wandelnden Welt suchen junge Menschen nach einer politischen Heimat, die ihre Hoffnungen und Ängste versteht. Eine Chance für uns Gewerkschaften, wenn wir ihre Anliegen ernst nehmen und sie in unsere politische Arbeit einbinden. Denn etablierte Parteien haben oft Schwierigkeiten, die dynamischen Bedürfnisse der jungen Generation zu erkennen und zu verstehen, weshalb junge Wähler*innen auf Distanz zu ihnen gehen. Aber junge Menschen interessieren sich sehr wohl für Politik, und fordern auch ganz konkrete Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebensrealität. Ihnen fehlen nur meist geeignete Ansprechpartner*innen auf Augenhöhe, die ihre Anliegen ernst nehmen. Wichtig sind ihnen Fragen zur Inflationsbekämpfung, zur Friedenssicherung und sozialen Ungleichheit. Diese Themen beeinflussen ihr Wahlverhalten und ihre politische Beteiligung.

Soziale Medien nutzen

Soziale Medien wie TikTok sind zentrale Plattformen auch für politische Information und Mobilisierung geworden. Sie ermöglichen eine neue Form der politischen Kommunikation mit schneller und direkter Interaktion. Politische Akteure müssen verstehen, dass traditionelle Medien heute nicht mehr ausreichen, um die Jugend zu erreichen. Sie brauchen kreative und innovative Ansätze, um auf den von der



Damit Demokratie funktioniert, müssen die Interessen der Jugendlichen mehr Gewicht bekommen

Jugend genutzten Plattformen präsent zu sein.

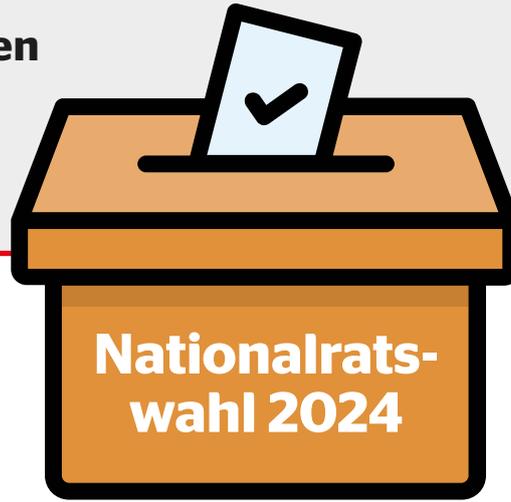
Uns in die Pflicht nehmen

Als Gewerkschaft haben wir die Verantwortung, die Stimmen der Jugendlichen zu stärken und ihre Anliegen in die politische Debatte einzubringen. Ein gutes Beispiel ist die Initiative „Jugend ohne Job“, die das Bewusstsein für den Lehrstellenmarkt geschärft und politische Veränderungen angestoßen hat. Denn junge Menschen, die keinen Job oder keine Ausbildung bekommen, müssen nicht nur langfristig Einkommensverluste hinnehmen; sie leiden vor allem oft unter psychischen Erkrankungen wie Depressionen, weil sie das Gefühl haben, dass niemand sie braucht und sich niemand für ihre berufliche Zukunft interessiert.

Solche Projekte zeigen, dass wir für all jene, die sich von etablierten Institutionen skeptisch abwenden, obwohl sie politisch interessiert sind, etwas tun können! Wir müssen wieder ein Sprachrohr für junge Menschen werden, ihnen Perspektiven bieten und ihre Stimme deutlich hörbar machen. Wir müssen ihnen glaubwürdig zeigen, dass wir bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen. Wir müssen alles daransetzen, sie politisch abzuholen!

phillip.boeckskoer@wien.gv.at

Wir kämpfen für eine Politik, die die Jugend begeistert und ihre Zukunft sichert.



Nationalratswahl 2024

Organisationsaufwand in Wien

Wahlwerber*innen

11

Parteien

1.000

Kandidat*innen (ca.)

Personal

9.000

Mitarbeiter*innen arbeiten am Wahltag (ca.)



240

zusätzliche Aushilfsbedienstete (ca.)



Infrastruktur



1.500

Sprenghauslokale in ca. 280 Schulen

1.500

Wahlurnen

150



15

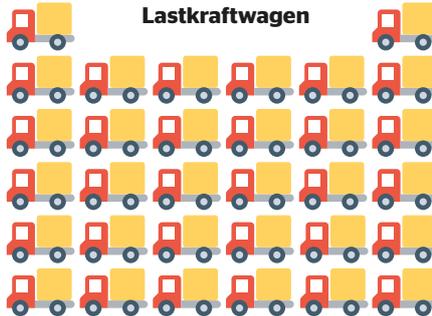
Trennwände

Rampen

Logistik

32

Lastkraftwagen



66

Dienstfahrzeuge



Wahlmaterial

700

Kartons Wahlkarten ca. 21 Europaletten



3.600

Kartons Kundmachungen Bundeswahlvorschläge ca. 95 Europaletten

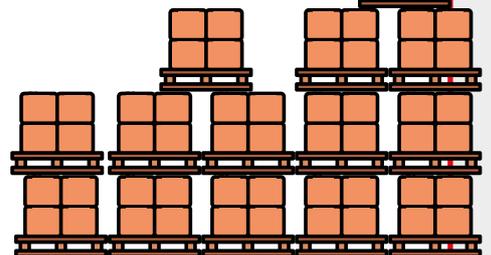


1.700

Kartons Wahlkuverts ca. 41 Europaletten

3.400

Kartons amtliche Stimmzettel ca. 65 Europaletten



Echt gut! 😊

„Nicht jeder, der auf einem Rad sitzt, ist ein Ökofan-tiker. Und nicht jeder, der ein Schnitzel isst, ist ein Klimasünder.“

Bundespräsident Alexander Van der Bellen,
17.07.2024



„Die gesamte Mindestsicherung insgesamt kostet nur eine Milliarde, und davon ist der Beitrag, den die Asylberechtigten erhalten, ja nur ein kleiner Teil. Hier wird einfach nicht seriös argumentiert.“

Christoph Badelt, Präsident des Fiskalrats,
26.8.2024



„Dein Wille geschehe ist ein sehr bekannter Satz aus dem Vaterunser und aus der Heiligen Schrift. Diesen Satz leicht verändert (‚Euer Wille geschehe‘) für politische Wahlwerbung zu nützen, halte ich für geschmacklos.“

Abt Pius Maurer, Zisterzienserstift Lilienfeld,
28.8.2024

**Echt böse!** 🙄

„Gesetzgebung unabhängig vom Willen des Nationalrates soll möglich sein.“

Inhalt des FPÖ-Wahlprogramms,
OTS am 23.08.2024

**BARBARA BLAHA****„Mein Standpunkt“**

BILD © PERTRAMER

Wer soll das bezahlen?

„Die Schulden sind zu hoch, ein Sparpaket muss her“ – so der mediale Tenor. Corona und die Teuerung haben die Staatskasse ordentlich geleert. Das hätte nicht so kommen müssen. Statt Unternehmen sicher durch die Corona-Lockdowns zu führen und Arbeitsplätze zu sichern, hat die Regierung die Corona-Hilfen so konstruiert, dass Millionen Euro an Steuergeld direkt in die Unternehmensgewinne geflossen sind. Statt Verluste zu decken, flossen nachgewiesen mindestens 710 Millionen Euro in Unternehmensgewinne.

Rückzahlungsverpflichtung für Unternehmen, die die Hilfen nachweislich wirtschaftlich nicht gebraucht haben, wie in Deutschland etwa, gab es hierzulande keine. Trotz der großzügigen Corona-Hilfen beharrte die Regierung auf der Senkung der Steuern auf Konzerngewinne. Ein Steuergeschenk, das uns einen jährlichen Steuerausfall von etwa 1 Milliarde Euro beschert.

Dabei muss die Politik dringend an der Einnahmenseite schrauben, um unser Steuersystem wieder in Balance zu bringen. Von hundert Steuer-Euro kommen rund achtzig aus Arbeit und Konsum, also von allen. Aber nur vier Euro kommen aus vermögensbezogenen Steuern. Um Österreich zukunftsfit zu machen – bei Klima, Kinderbetreuung oder Pflege – muss die kommende Regierung ordentlich Geld in die Hand nehmen. Den Umbau könnte man fair finanzieren: durch die Wiedereinführung und Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern, das faire Besteuern von Konzerngewinnen und das Abschaffen von klimaschädlichen Förderungen.

Barbara Blaha ist Leiterin des Momentum Instituts und Herausgeberin des dazugehörigen Moment Magazins.



INFORMATIONSV ERANSTALTUNG

ARTHROSE

vorbeugen und behandeln

Mittwoch, 9. Oktober 2024, 15.30 – 18.30 Uhr
Van Swieten-Saal der MedUni Wien
Van Swieten-Gasse 1 a, 1090 Wien

Das Platzkontingent ist begrenzt,
bitte um **Anmeldung bis 25.09.2024** unter:
pr@sanatoriumhera.at oder **0676/8118 45480**
Die Teilnahme ist kostenfrei.



Programmdetails unter
www.sanatoriumhera.at



Gesund werden. Gesund bleiben.

Winterdepression – alle Jahre wieder

Im Herbst und Winter leiden viele Menschen unter einer Winterdepression: die Stimmung sinkt, man zieht sich zurück oder konsumiert mehr Süßigkeiten als sonst.

In der dunklen Jahreszeit produziert unser Körper aufgrund des geringeren Lichteinfalls mehr Melatonin. Dafür wandelt der Körper das Glückshormon Serotonin um, was einen starken Einfluss auf unsere Stimmung hat. Man ist gereizter, lustlos und energielos. Gleichzeitig versucht das Gehirn, den Serotoninmangel auszugleichen und vermittelt uns, dass wir Lust auf Süßes haben. Denn Zucker hilft dem Gehirn bei der Serotoninproduktion. Auch der Bewegungsmangel durch Kälte oder Motivationslosigkeit und Stress (wie der bekannte Vorweihnachtsstress) begünstigen die Entstehung einer immer wiederkehrenden Winterdepression. Die größere Müdigkeit führt zu einer verlängerten Schlafdauer, was den normalen Tagesrhythmus beeinflusst und ein Morgentief herbeiführt. Man fühlt sich ausgelaugt und erlebt häufig körperliche Beschwerden. Auch Konzentrationsprobleme oder ein allgemeiner Interessenverlust können Symptome einer Winterdepression sein.

Saisonale Erkrankung

Die gute Nachricht: Wenn Sie wissen, dass Sie jedes Jahr unter diesen Symptomen leiden, können Sie vorbeugende Maßnahmen treffen. Achten Sie auf regelmäßige Bewegung im Freien, denn auch an einem bedeckten Wintertag scheint die Sonne und sorgt für natürlichen Lichteinfall. Nehmen Sie sich Zeit zur Entspannung und schaffen Sie sich Wohl-

fühlmomente: etwas Spannendes lesen, eine gute Tasse Tee trinken oder ein heißes Bad nehmen steigern das Wohlbefinden.

Was hilft und guttut

Vergessen Sie in diesen Monaten nicht, Ihre sozialen Kontakte trotz Müdigkeit und Lustlosigkeit zu pflegen, zum Beispiel mit einem gemeinsamen Spaziergang oder beim Eislaufen mit Freund*innen. Auch vitaminreiche Ernährung, besonders Vitamin D, und körperliche Betätigung können helfen, denn der Körper schüttet beim Sport Glückshormone aus. Außerdem ist es empfehlenswert, trotz Müdigkeit und Dunkelheit nicht zu viel zu schlafen, denn auch das kann die Stimmung drücken. Sieben bis acht Stunden Schlaf sind ausreichend und helfen,

einen normalen Tagesrhythmus beizubehalten.

Vorbeugen

Zur Vorbeugung können Sie bereits im Sommer mit einer Lichttherapie beginnen und diese in den Wintermonaten täglich weiterführen. Sollten sich die Beschwerden jedoch verstärken, hilft eine psychologische Beratung von ausgewiesenen Expert*innen. Für weitere Tipps zur Winterdepression und anderen Gesundheitsthemen bietet das AMZ auch regelmäßig Workshops und Webinare an: intrexx.kfhe.net

arbeitsmedizin@amz-kfawien.at

**Müde, schlapp und antriebslos?
 Wie Sie dem Winterblues trotzen.**



Bewegung in der frischen Luft hilft auch an nebeligen Tagen



Hermannngasse 24-26
 1070 Wien
 T +43 676 8118 50720

BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/KHRAMOVA NATALIA



**Mag.
Sebastian
Öhner**

**Neuer Leiter
der Kinder-
und Jugend-
anwaltschaft**

Sebastian Öhner hat das Rechtsreferat der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft in den vergangenen drei Jahren aufgebaut, er entwickelte und hält Kinderrechte-Workshops und lehrt an diversen Institutionen. Der 27-jährige Jurist setzte sich in einem Hearing des Gemeinderatsausschusses für Bildung, Integration, Jugend und Transparenz gegen zehn Kandidat*innen durch, seine Bestellung am 1. Juli erfolgte für fünf Jahre. Sebastian Öhner tritt die Nachfolge von Sozialarbeiterin Dunja Gharwal an, die seit 2019 in der Position tätig war und eine neue Position in einer internationalen NGO in London annimmt.



**Dr.
Dominik
Haider,
LL.M.**

**Neuer Leiter
Magistratisches
Bezirksamt
MBA 15/16**

Der Jurist Dominik Haider verbrachte einen Teil seines Studiums in den Niederlanden, promovierte an der Universität Wien. Am University College London schloss Haider zusätzlich ein Europarechts-Masterstudium mit Auszeichnung ab. Nach Stationen im Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie trat Dominik Haider im Herbst 2018 in den Dienst der Stadt Wien ein, konkret bei der MA 35 – Einwanderung und Staatsbürgerschaft. Im Jahr 2019 wurde er stellvertretender Abteilungsleiter der MA 35 – seit Mai 2023 war Dominik Haider zusätzlich Leiter der MA 35 – Gruppe Recht.



**Mag.ª
Laura
Wimmer,
MA**

**Neue Leiterin
Frauenservice
Wien**

Die geborene Wienerin Laura Wimmer studierte Politikwissenschaft und absolvierte nach der Diplomprüfung an der Universität Wien ein Masterstudium am King's College in London in „War Studies“, also nationaler und internationaler Kriegs- und Konfliktforschung. Nach Abschluss des Masterstudiums und zurück in Wien trat Wimmer 2011 in den Dienst der Stadt Wien ein als Referentin für Integration und Frauenpolitik im Büro der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal. Im Jahr 2018 wechselte sie in die MA 57 – Frauenservice Wien und war dort seit 2019 stellvertretende Abteilungsleiterin.



**Mag.
Klaus
Oblasser**

**Neuer Leiter
Magistratisches
Bezirksamt
MBA 23**

Klaus Oblasser verschaffte sich schon während des Jusstudiums an der Universität Wien praktische Einblicke am Straflandesgericht sowie als studentischer Mitarbeiter bei einer renommierten Rechtsanwaltskanzlei. Nach Stationen als Verwaltungspraktikant beim Amt der NÖ Landesregierung und Rechtspraktikant am Bezirksgericht in Hernals trat Oblasser im Dezember 2013 in den Dienst der Stadt Wien ein. Im Rahmen der damaligen Job-Rotation war er als Ausbildungsjurist im MBA 9, in der MA 64 und im MBA 12 eingesetzt. In der Folge wechselte er dann (wieder) in die MA 64, wo er zunächst als juristischer Referent und ab Oktober 2019 als Leiter der Stabsstelle Logistik tätig war.

Politische Bildungsarbeit – Kernaufgabe der Gewerkschaften

Förderung des Verständnisses politischer Prozesse sowie Stärkung von Mitgliederbeteiligung und demokratischer Partizipation in der Verwaltung stehen im Zentrum.

Politische Bildung vermittelt Wissen, Fähigkeiten und Werte, die für eine aktive Teilnahme an politischen Prozessen und Entscheidungen in einer Gesellschaft wichtig sind. Sie fördert das Verständnis von politischen Institutionen, demokratischen Prinzipien und gesellschaftlichen Zusammenhängen. Damit spielt politische Bildungsarbeit eine zentrale Rolle für die Stärkung der demokratischen Teilhabe und des politischen Engagements.

Das Ziel von politischer Bildung in der Verwaltung ist es, ein fundiertes Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Politik und Verwaltung zu entwickeln und die Funktionsweise von Gesetzgebung, Entscheidungsprozessen und der Interaktion zwischen Verwaltung und politischen Entscheidungsträgern zu verstehen.

Wichtige Unterstützung

Die Bildungsarbeit für Personalvertreter*innen und Gewerkschafter*innen konzentriert sich darauf, dass Kolleg*innen ein tiefgehendes Verständnis für gesetzliche Rahmenbedingungen entwickeln und ihnen demokratische Werte vermittelt werden. Sie schafft die Basis, damit gesellschaftspolitische Entwicklungen analysiert und Strategien entwickelt werden können – für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträger*innen, um die Inte-



Ziel ist die systematische Vermittlung von Kenntnissen über das demokratische politische System

ressen der Arbeitnehmer*innen und Mitglieder bestmöglich vertreten zu können.

Der Erwerb gewisser Schlüsselkompetenzen steht dabei im Vordergrund: Gewerkschafter*innen können später politische Diskurse effektiv und konstruktiv führen, demokratische Prinzipien und Werte an die Mitglieder weitergeben und kompetent über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge informieren, die die Arbeitswelt der Vertretenen beeinflussen. Dazu zählt besonders das Verständnis für die Wichtigkeit von Wahlen.

Förderung der Wahlbeteiligung

Damit trägt politische Bildung auch zur Erhöhung der Wahl-

beteiligung bei und stärkt die demokratische Legitimität grundlegend. Informationen werden deutlich kritischer hinterfragt, verschiedene Standpunkte diskutiert, sodass fundierte Entscheidungen in der Wahlkabine getroffen werden können. Unser Ziel als younion – Die Daseinsgewerkschaft – Hauptgruppe 1 ist es daher, mit fundierter politischer Bildung unsere Mitglieder effektiv zu informieren und zu mobilisieren. Dies trägt gesamtheitlich zur Stärkung der demokratischen Partizipation bei, fördert gerechtere Arbeitsbedingungen und kann zugleich bedenklichen politischen Tendenzen entgegenwirken.

michael.lewisch@wien.gv.at



Michael Lewisch
Referent für Bildung,
Internationale Vertretung,
Organisationsentwicklung
und Jugend

Mit Beharrlichkeit, Mut und Ausdauer erkämpft

Frauenwahlrecht in Österreich

Die politische Mitbestimmung der Frau sei wider die „weibliche Natur“, unvereinbar mit der „geistigen Unmündigkeit“ und „Nervosität“ der Frau; sie solle sich doch ihren „natürlichen Aufgaben in Familie und Haushalt“ widmen, denn: Frauen würden „ohnehin von ihren Ehemännern vertreten!“ Mit Vorurteilen, Diffamierungen und Herabwürdigungen wie diesen hatten die bürgerlichen und proletarischen Frauenrechtlerinnen Ende des 19. Jahrhunderts auch in Österreich massiv zu kämpfen. Es war damals eine Welt, in der Männerinteressen weit über die Interessen von Frauen gestellt wurden. Denn die Entscheidungen trafen die Männer.

1867 wurde Österreich zu einer Monarchie mit einer liberalen Verfassung und einem Zweikammersystem. Es wurde damals auch ein neues Vereins- und Versammlungsrecht erlassen. Davon ausgeschlossen waren „Ausländer, Frauenspersonen und Minderjährige“. Ihnen war die Mitgliedschaft in Vereinen und damit auch politisches Engagement untersagt. Dieses Gesetz führte zur Entstehung demokratischer Großparteien. Die in den Jahren 1888/89 aus den Arbeiter*innenbewegungen hervorgegangene Sozialdemokratische Arbeiterpartei setzte sich als einzige Partei (auch im Parteiprogramm) für ein allgemeines und



„Es war damals eine Welt, in der Männerinteressen weit über die Interessen von Frauen gestellt wurden. Denn die Entscheidungen trafen die Männer.“

nicht mehr vorenthalten. Am 12. November 1918 beschloss die Provisorische Nationalversammlung die Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle volljährigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. So kam es, dass bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 und bei den Wiener Gemeinderatswahlen am 4. Mai 1919 Frauen erstmals kandidieren und wählen durften.

gleiches Wahlrecht ein, wobei die Einführung des Männerwahlrechts als wesentlich wichtiger angesehen wurde als das Frauenwahlrecht. Als Anfang 1907 dann endlich alle Männer wählen durften, wurde der Ausschluss der Frauen wie folgt begründet: Das Wahlrecht stelle ein Äquivalent für die Wehrpflicht der Männer dar. Also wieder nichts für Frauen.

Dann kam der Erste Weltkrieg. Er veränderte die Situation für Frauen nachhaltig. Nachdem viele Männer an der Front kämpften und starben, traten viele Frauen ins Berufsleben ein, ihre Arbeitsleistung wurde für die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft unentbehrlich. Das Ende des Weltkriegs und der Zusammenbruch der k. und k. Monarchie führten zur Gründung der 1. Republik.

In dieser Phase konnten die Politiker den Frauen das Wahlrecht

Immer wieder liest man über die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung.
„Politik - zu wos brauch' i des?“

Stell dir vor, es sind Nationalratswahlen und keiner geht hin ...

Zugegeben: Es gibt so einiges, was man dieser Bundesregierung vorwerfen kann, ja sogar vorwerfen muss. Die Frage ist nur, wie man der eigenen Unzufriedenheit nachweislich Ausdruck verleihen kann. Gut, man kann zunächst einmal sicherlich am Stammtisch diskutieren, unter Freunden, in der eigenen Familie. Und dann?



BILD © PHILIPP SCHUSTER / HG1

**„Politische
Bildung beginnt
zu Hause.“**

„Am liebsten ginge ich gar nicht zur Wahl“. Ja, eh. Aber stellen Sie sich vor, es würde nur eine Minderheit ihre Stimme abgeben. Das würde bedeuten, dass genau diese Minderheit über die Mehrheit in unserem Land bestimmen würde – auch über Sie! Leider weiß man, dass es meist die Lautesten, die Provokantesten sind, denen es gelingt, ihre Wählerschar zur Urne zu locken. Wer nicht wählt, erleichtert es rechtsextremen Strömungen, einen größeren Einfluss auf die Politik zu bekommen. Eine hohe Wahlbeteiligung kann ein böses Erwachen verhindern. Geben Sie den Besonnenen, der Vernunft eine Stimme. Denn durch Nichtwählen bleiben die moderaten Stimmen stumm und ungehört. Mitgestalten heißt mitbestimmen, indem man sein Wahlrecht wahrnimmt, seine Stimme damit erhebt und seine Meinung ausdrückt.

Jede Wahl ist ein Feedback an die Regierenden. In Studien konnte festgestellt werden: Je zufriedener die Menschen insgesamt mit ihrem Leben sind,

desto eher gehen sie wählen. Was im Umkehrschluss heißt, dass Unzufriedene an Wahlen häufig nicht mehr teilnehmen. Mit dem Effekt, dass ihre Interessen in Zukunft noch weniger Berücksichtigung finden. Wenn man der Meinung ist, dass sich etwas ändern soll, warum dann nicht zum Ausdruck bringen?

Über politische Prozesse, Demokratie, die eigene Verantwortung in diesem Staat sollte übrigens auch innerhalb der Familie und mit Ihren Kindern – auch wenn sie noch nicht wahlberechtigt sein sollten – diskutiert werden.

Das ist angewandte politische Bildung. Durch Diskussion und Ihr Vorbild machen Sie Ihre Kinder zu mündigen Bürgern, die mit ihren Rechten umgehen können. Ein gemeinsamer „Ausflug“ am Wahlsonntag ins Wahllokal würde das Ganze noch unterstreichen.

Die Möglichkeit der Mitbestimmung ist eines der höchsten Güter in der Demokratie. Ein wertvolles Recht, das sich Millionen Menschen in Diktaturen wünschen würden. Ein wertvolles Recht, das nicht auf ewig garantiert ist und von radikalen politischen Kräften ganz offen zur Diskussion gestellt wird. Sind wir uns dieses Privilegs bewusst und gehen wir wählen.

felix.steiner@fsg-hg1.at



Positionen zum **Klimaschutz**

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Welche Zugänge haben die wahlwerbenden Parteien zu diesem so wichtigen Zukunftsthema?*

FPO

Investition in Forschung statt Bezahlung von Klimastrafen. Umweltschutz in Eigenverantwortung statt grüner Verbotswahn. Umweltschutz ist mehr als Klimahysterie. Keinesfalls darf alles dem Klimaschutz untergeordnet und dabei die Deindustrialisierung unseres Kontinents samt massiver Wohlstandszerstörung in Kauf genommen werden. Kein „Helikoptergeld“ – Abschaffung des Klimabonus.

Umweltschutz ist mehr als Klimahysterie.

FPÖ-Wahlprogramm 2024, S. 38, S. 41 und S. 75.

SPÖ

Der Kampf gegen die profitgetriebene Erderhitzung hat höchste Priorität. Die SPÖ begreift die Klimafrage auch als Verteilungsfrage. Wir brauchen eine starke staatliche Industriepolitik, die die Grüne Wende vorantreibt. Wir brauchen einen massiven Ausbau

Die SPÖ begreift die Klimafrage auch als Verteilungsfrage. Wir brauchen eine starke staatliche Industriepolitik, die die Grüne Wende vorantreibt.

der öffentlichen Verkehrsmittel und Attraktivierung durch faire Preise, die sich am Haushaltseinkommen orientieren. Wir fordern einen Transformations- und Energiewendefonds, um den Umstieg auf erneuerbare Energien voranzutreiben.

Quelle: <https://www.spoe.at/unser-klima-schuetzen>

ÖVP

Klimaschutz mit Hausverstand: Im Sinn der Ökosozialen Marktwirtschaft wollen wir wirtschaftliche Leistungskraft, breiten Wohlstand, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit gemeinsam möglich machen. Wir sind daher beim Klimaschutz offen für neue Technologien und Lösungen. Wir setzen auf Fortschritt statt auf Verbote. Umwelttechnik-Know-how, das wir in die Welt exportieren, ist ein wichtiger Beitrag Österreichs für internationalen Klimaschutz.

Wir setzen auf Fortschritt statt auf Verbote.

Quelle: Österreichplan, S. 74



Wir stehen für eine saubere Zukunft, in der wir Österreich mit Erneuerbaren Energien versorgen. Unser Ziel ist, dass Menschen nicht auf das Auto angewiesen sind, sondern durch umweltfreundliche Infrastruktur, moderne und

Wir stehen für eine saubere Zukunft, in der wir Österreich mit Erneuerbaren Energien versorgen.

barrierefreie Angebote, saubere Technologien sowie faire Tarif- und Steuergestaltung echte Wahlfreiheit haben. Wir machen uns für einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen stark, um die Treibhausgas-Reduktionsziele effektiv erreichen zu können.

Quelle: NR-Wahlprogramm, Kapitel 1.1 - 1.3.

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Wir fordern keinen Verzicht, sondern Veränderung. Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf die Signale, die in einer Marktwirtschaft am besten funktionieren. Wir wollen generationengerechte Lösungen, die die Innovationskraft marktwirtschaftlicher Systeme mobilisieren, das Unternehmertum fördern und den Staat effizienter machen.

Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf die Signale, die in einer Marktwirtschaft am besten funktionieren.

Quelle: <https://www.neos.eu/programm/unsere-schwerpunkte/klima>



KPÖ

Als KPÖ treten wir für einen Kurswechsel in der Klimapolitik ein. Den Schutz unserer Lebensgrundlagen dürfen wir weder dem Markt noch individuellen Konsumententscheidungen überlassen. Es ist eine öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe, Wirtschaft und Gesellschaft so umzubauen, dass wir dauerhaft gut und in Würde leben können. Aber statt über den Verzicht der breiten Masse zu sprechen, müssen wir unsere Grundbedürfnisse sicherstellen.

Den Schutz unserer Lebensgrundlagen dürfen wir weder dem Markt noch individuellen Konsumententscheidungen überlassen.

Quelle: <https://www.kpoe.at/oekologie-klima>



Wir stehen für die Energie- und Mobilitätswende und bekennen uns zu den vereinbarten Klimazielen. Denn richtig teuer wird der Klimawandel morgen, wenn wir heute nichts tun.

Wir bekennen uns zu den vereinbarten Klimazielen.

Quelle: <https://www.bierpartei.eu/neue-zukunft>



Wir fordern einen offenen Diskurs zum Thema Klima und Klimaschutz. Wir erkennen unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der Wissenschaft an und stellen fest,

MFG lehnt die Einführung einer CO₂-Steuer ab.

dass es dabei viele offene Fragen gibt. Wir lehnen Panikmache ab, wir fordern einen sachlichen und evidenzbasierten Umgang mit dem Thema! MFG lehnt die Einführung einer CO₂-Steuer ab.

Quelle: <https://www.mfg-oe.at/umwelt-und-nachhaltigkeit>



Weltuntergangsszenarien durch eine Klimakrise im 21. Jahrhundert und dass der Klimawandel ausschließlich menschengemacht und durch CO₂/Treibhausgase verursacht wäre, halten wir für eine einseitige und unsachgemäße Betrachtung.

Dass der Klimawandel ausschließlich menschengemacht ... wäre, halten wir für eine einseitige und unsachgemäße Betrachtung.

Quelle: <https://liste-petrovic.at/natur-umwelt-und-tierschutz>



Mit einer sofortigen Generalmobilisierung aller Ressourcen für die Energiewende, damit wir bis spätestens 2030 nur mehr saubere, regionale und kostengünstige Energie verwenden. Mit der raschen Umstellung auf eine nachhaltige und biologische Landwirtschaft, artgerechter Tierhaltung, einem Privatjetverbot, dem massiven Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, reduzierter Bodenversiegelung und wertigen Produkten, die nicht zum Wegschmeißen produziert werden.

Generalmobilisierung aller Ressourcen für die Energiewende, damit wir bis spätestens 2030 nur mehr saubere, regionale und kostengünstige Energie verwenden.

Quelle: <https://keine.at/plan>



Wörter wie „Klima“ oder „Klimaschutz“ kommen auf der Website der Partei nicht vor.

Wörter wie „Klima“ oder „Klimaschutz“ kommen nicht vor.

Quelle: <https://gaza.vote/wahlprogramm>

Inhalt

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Europa**
Die EU auf neuem (altem) Kurs
- 05 **Leitartikel**
Mit einer SPÖ-Regierung in
eine bessere Zukunft

Hauptgruppe 1

- 15 **MA 62**
Exaktes Timing ist das A & O
- 17 **MA 01**
Wien Digital spielt bei Wahlen
eine zentrale Rolle
- 19 **MA 54**
Wie Wahlzellen und -urnen
ihren Weg ins Wahllokal finden
- 20 **Fragen und Antworten**
Rund um den Dienst
am Wahltag

Gewerkschaft

- 23 **Frauen**
Frauen entscheiden Wahlen!
- 24 **Behinderung**
Inklusion endet nicht vor
dem Wahllokal
- 25 **Jugend**
Junge Menschen wählen anders

Gesund & Leben

- 28 **Sanatorium HERA**
Arthrose-Infoveranstaltung
am 9. Oktober
- 29 **Arbeitsmedizinisches Zentrum**
Winterdepression - alle
Jahre wieder

Serie

- 32 **teamwork History**
Frauenwahlrecht
in Österreich



6

BILD: © GEORG WILKE/HG1

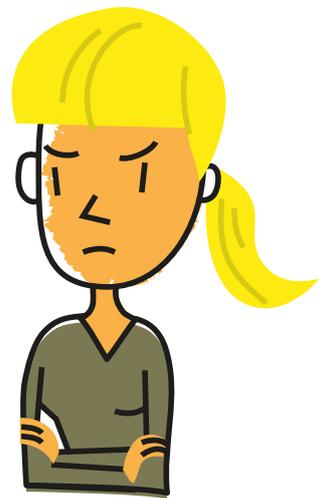
„Kickl hat gar kein Interesse, Probleme zu lösen!“ Interview mit Buchautorin und Falter-Chefreporterin Nina Horaczek.



BILD: © MA 62

14

Mitarbeiter*innen der Stadt Wien rocken die Wahlen



9

Die Oma soll es richten

teamwork

younion - HG 1, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, 1030 Wien

Österreichische Post AG
SM 02Z030516 S